



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
19. Sitzung	Donnerstag, 1. Juni 2017 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinnler Marco Küng
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Christian Keller
Ende der Sitzung	23.00 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2017/01	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	500
2	2017/02	Inpflichtnahmen Jenni Mia, SP, anstelle von Dingwall Silvia und Meier Ulrich, CVP, anstelle von Sejdini Mimoza	501
3	2017/04	Rechnung 2016	502
4	2017/05	Rechenschaftsbericht 2016	511
5		Gemeindeführung Obersiggenthal	512
	2016/24	a) Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung / Beantwortung	
	2017/13	b) Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates / Genehmigung angepasstes Reglement	
6	2017/09	Techn. Zentrum Gässliacker; Neubau einer Lagerhalle inkl. Aussenwaschplatz; Verpflichtungskredit von CHF 1'240'000, z. L. Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung	522

- | | | | |
|---|---------|---|-----|
| | 2017/12 | Neubau Entsorgungsplatz im Areal Techn. Zentrum; Verpflichtungskredit von CHF 490'000, z. L. Eigenwirtschaftsbetrieb Abfallbeseitigung | |
| 7 | 2017/15 | Motion Erich Schmid / Planungskredit für die Überarbeitung des Zonenplans. Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. | 527 |
| 8 | 2017/03 | Anfrage SVP-Fraktion zum Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums / Beantwortung | 528 |

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse Sie zur ersten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Es ist die 19. Einwohnerratssitzung der Amtsperiode 2014-2017. Ich plane die heutige Sitzung spätestens um 23.00 Uhr zu schliessen. Sollten bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle Traktanden behandelt sein, so werden diese auf die nächste Sitzung vom 22. Juni 2017 verschoben.

Es hat sich folgendes Ratsmitglied für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Christian Keller. Es sind im Moment somit 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

1 2017.01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Ursula Haag: Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 16. Januar 2017 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 8. Dezember 2016 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredit von 172'800 für Pumpenrevision und Ersatz Verbindungsleitungen Grundwasserpumpwerk Aesch; Genehmigung Ersatzkostentarif Feuerwehr; Genehmigungen von Kreditabrechnungen: Sanierung Blumenstrasse (Strassenbau, Wasserversorgung, Kanalisation); Sanierung Flühstrasse (Strassenbau, Wasserversorgung, Kanalisation); Sanierung Kirchweg Ost (Strassenbau, Wasserversorgung, Kanalisation); Sanierung Mehrhaldenstrasse-Ost (Strassenbau, Wasserversorgung, Kanalisation).

Nun zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich möchte Sie über zwei Punkte informieren:

Areal Häfelerhau

Das Areal Häfelerhau am Waldeggweg gehörte zur ehemaligen Gärtnerei Weber. Im Rahmen der Anpassung der Bau- und Nutzungsordnung erfolgte eine Umzonung in eine Wohnzone und wurde mit einer Gestaltungsplanpflicht belegt. Es umfasst rund 14'500 m². Es wird eine Überbauung von überdurchschnittlicher architektonischen Qualität mit ca. 50 Wohneinheiten geplant. Die Gemeinde und die Grundeigentümer haben ihre Zusammenarbeit in einer Planungsvereinbarung festgehalten. Damit wird auch die grosse Bedeutung einer der letzten Baureserven von Obersiggenthal hervorgehoben. Die Vereinbarung regelt das Vorgehen, die Organisation und die Kostentragung für die Durchführung eines geeigneten Qualitätsverfahrens und für die Erarbeitung der notwendigen Gestaltungspläne. Beim Qualitätsverfahren handelt es sich um ein Konkurrenzverfahren, Wettbewerb und Studienauftrag. Es werden gleichzeitig mehrere Teams mit der anspruchsvollen Planungsaufgabe betraut. Die Aufgabe besteht in der Klärung der künftigen ortsbaulichen Situation und in der Erarbeitung einer Erschliessungsplanung mit einem konkreten Projektvorschlag für die spätere Bebauung. Ein Beurteilungsgremium wird aus den Vorschlägen ein Siegerprojekt erküren. Im Gremium nehmen neben Vertretern der Gemeinde und Grundeigentümerschaft auch unabhängige Fachleute aus den Bereichen Architektur und Landschaftsarchitektur Einsitz. Das Siegerprojekt wird anschliessend zum Richtprojekt als Grundlage für den Gestaltungsplan bestimmt und für die künftigen Bauprojekte weiterentwickelt. Ziel ist es im Verlaufe von diesem Jahr mit dem Konkurrenzverfahren zu starten und 2019 mit der Realisierung der Wohnüberbauung zu beginnen.

OASE

Sie haben am 13. und 17. Mai 2017 aus den Zeitungsartikeln entnehmen können wie der Regierungsrat und der Grosse Rat den Eintrag der sogenannten Westvariante als Zwischenergebnis im Richtplan beantragt. Der Gemeinderat Obersiggenthal erachtet es als nötig und sinnvoll der Bevölkerung aufzuzeigen, dass der Gemeinderat und auch andere Siggenthaler Gemeinden sich gegen die OASE zur Wehr setzen. Der Gemeinderat will zusammen mit den Siggenthaler Gemeinden in den kommenden Wochen ein Medienartikel mit dem Titel „Siggenthaler Gemeinden sagen Nein zur OASE“ publizieren. Der Artikel korrespondiert inhaltlich

mit dem Resultat der Workshops, welche der Kanton mit den vier Siggenthaler Gemeinden durchführte. Antworten auf die Fragen der Siggenthaler Gemeinden gab es zum Teil; diese fallen aber nicht im Sinne der Gemeinde aus. Darum wollen die Siggenthaler Gemeinden die Befürchtungen zur OASE gegenüber dem Regierungsrat, den Mitgliedern des Grossen Rates und auch als Zeichen gegenüber der Bevölkerung vor der Behandlung dieses Geschäftes im Grossen Rat kundtun. Eine Information an Sie als Einwohnerrat. Sie haben ja eine Petition eingereicht. Sie werden aber nicht direkt vom Kanton eine Antwort erhalten. In der Botschaft an den Grossen Rat sind die Befürchtungen der Siggenthaler Gemeinde festgehalten. Die Kanzlei wird Ihnen in den nächsten Tagen den Link zu diesen Unterlagen per Mail zustellen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich darf und muss Sie über eine ziemlich unerfreuliche Überraschung informieren: Die Aussenspielgeräte beim Doppelkindergarten Talacker, auf der Ostseite im Hang, müssen kurzfristig demontiert werden und wir müssen dort einen neuen Spielplatz erstellen. Auf dem Nachbargrundstück wird ein Terrassenhaus erstellt und im Zuge der Vermessungsarbeiten für dieses Bauprojekt wurde festgestellt, dass der Zaun „falsch“, d. h. nicht auf der tatsächlichen Grenze, aufgestellt war. Die drei Spielgeräte stehen neben dem Zaun und wurden allesamt auf der Nachbarparzelle aufgebaut. Baubeginn auf dem Nachbargrundstück war schon im Mai; die Geräte können noch bis zu den Sommerferien belassen werden. Die Abklärungen haben ergeben, dass die Geräte noch in einem relativ guten Zustand gewesen wären, aber wegen der engen Platzverhältnisse und der speziellen Anforderungen an den Fallschutz nicht mehr aufgebaut werden können. Problematisch ist zudem, dass sich unter dem Platz vor dem Kindergarten ein Regenrückhaltebecken befindet. Wir stehen jetzt vor dem Problem, dass der Kindergarten im August wieder einen Spielplatz haben sollte, dass die Schule keinen Schnellschuss, sondern einen pädagogisch sinnvollen Spielplatz will und dass die Spielplatzbauer in den Schulferien ausgelastet sind. Die Lösung kann ich Ihnen noch nicht präsentieren. Wir müssen schauen, ob die Vorstellungen der Schule und die finanziellen Vorstellungen des Gemeinderates so zusammengebracht werden können, dass ein kurzfristiger Ersatz möglich ist oder ob es eventuell mit einer verkleinerten Zwischenlösung schlussendlich etwas „Grösseres“ wird, das Ihnen als Vorlage unterbreitet wird. Tatsache ist, dass die Kinder einen Spielplatz haben müssen.

Ursula Haag: In der Zwischenzeit sind Daniel Meier und Josef Sieber eingetroffen. Wir sind nun 36 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, das absolute Mehr beträgt 19.

Ursula Haag: Neueingänge: Ich möchte folgende Rücktritte bekannt geben. Mimosa Sejdini, CVP, per 24. März 2017, Felix Frischknecht, SP, per 15. Juni 2017 und Marcel Schiesser, FDP, infolge Wegzug aus der Gemeinde, per 2. Juni 2017.

Zum Protokoll: Das Protokoll der Einwohnerratssitzungen vom 8. Dezember 2016 wurde Ihnen zugestellt. Es sind keine Änderungen eingegangen. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass bei den Stimmzählern wegen Abwesenheit von Marco Küng, Christian Keller als Stimmzähler fungierte. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

2 2017.02 Inpflichtnahmen Jenni Mia, SP, anstelle von Dingwall Silvia und Meier Ulrich, CVP, anstelle von Sejdini Mimoza

Ursula Haag: Es folgt die Inpflichtnahme von Mia Jenni und Ulrich Meier. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Artikel 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Mia Jenni: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Ulrich Meier: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Oberiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Ursula Haag: Wir sind nun 38 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 20.

3 2017.04 Rechnung 2016

Ursula Haag: In Absprache mit dem Gemeinderat und dem Präsidenten der Finanzkommission werden wir das Traktandum 3 wie folgt behandeln: Peter Marten, Präsident der Finanzkommission, wird die Erläuterungen aus Sicht der Finanzkommission zur Rechnung 2016 darlegen. Gemeinderat Linus Egger wird aus Sicht des Gemeinderates anschliessend dazu Stellung nehmen. Gemeindeammann Dieter Martin wird zu zwei Feststellungen aus dem Bericht der Finanzkommission Stellung nehmen. Dann kommen die allgemeinen Meinungen der Fraktionen. Anschliessend wird die Rechnung ab Seite 8 besprochen. Fragen können dann pro Kapitel gestellt werden. Seitens der Verwaltung nimmt Bernhard Wehri, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz.

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Ich lege Ihnen gerne die Sicht der Finanzkommission zur Rechnung 2016 vor. Das Resultat der Rechnung 2016 muss, vorsichtig ausgedrückt, leider als enttäuschend bezeichnet werden. Ein Minus von rund CHF 648'000 beim betrieblichen Ergebnis bzw. CHF 844'000 beim operativen Ergebnis, obwohl eine schwarze Null prognostiziert wurde, kann sicher nicht befriedigen. Was sind die Hauptgründe für das enttäuschende Resultat? Man kommt schnell auf die grossen Positionen, welche das Resultat primär beeinflussten. Einerseits ist die Ertragslage ungenügend. Der grösste Treiber der Beeinflussung des Resultats liegt in den fehlenden Steuereinnahmen, welche rund CHF 890'000 tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Nun zu der Aufwandseite. Was ist beeinflussbar und was nicht? Wir haben vor allem auf dem nicht beeinflussbaren Teil eine ungenügende Situation. Zum einen zeigt sich der Aufwand der Pflegefinanzierung, welcher mit rund CHF 400'000 höher ausfiel als budgetiert. Einflussmöglichkeiten bestehen praktisch keine. Wir sprechen doch fast von 2 Steuerprozenten. Natürlich haben wir dafür eine Gegenleistung bekommen. Doch wir können diese Kosten nicht beeinflussen. Dazu zeigt sich ein Mehraufwand bei der Spitex, welcher mit rund CHF 100'000 höher ausgefallen ist aufgrund höheren Auslastungen und der damit verbundenen Kosten. Der Aufwand der Sozialhilfe und Asylwesen in der Kontogruppe 57 zeigt sich mit rund CHF 330'000 höher als budgetiert. Trotz so vielen schlechten Vorzeichen und Ereignissen zeigt sich das Resultat nicht ganz so schlimm wie befürchtet. Wir weisen auf der beeinflussbaren Aufwandseite dank der Sparbemühungen des Gemeinderates und der Verwaltung, aber auch durch den Einwohnerrat, rund CHF 230'000 unter Budget auf. Ich denke, das ist positiv zu werten. Das Rechnungsergebnis der Rechnung 2016 ist wieder schlecht. Im Moment sieht die Finanzkommission keine Anzeichen dafür, dass irgendwo eine markante Verbesserung geschaffen werden kann. Wir sind besorgt was die Kosten- und Ertragsentwicklung betrifft. Der Selbstfinanzierungsgrad ist immer noch ungenügend. Dies schon eine Weile. Eine grosse Unsicherheit für uns ist der Kanton. Was macht der Kanton? Der Trend, Kosten nach unten zu schieben, besteht nach wie vor. Betrachte ich gewisse Kostenentwicklungen, dann frage ich mich, was gemacht wird. Was macht der Grosse Rat, was macht die Regierung? Den Gemeinden hilft das nicht. Ich habe mir erlaubt, die Folien vom letzten Jahr beizuziehen. Ich habe mit einem Häkchen bezeichnet, was alles gleichblieb. Enttäuschend die Ertragsseite, die Aufwandseite sowie die Selbstfinanzierung. Ein Sparpaket ist nötig. Es besteht wirklich kein Grund zur Hoffnung, es besteht aber auch kein Grund für einen übertriebenen Pessimismus, sondern aus Sicht der Finanzkommission gibt es ein Weg, der heisst konsequent weitergehen

mit den Sparbemühungen. Bei den Investitionen muss wirklich jede Investition hinterfragt werden. Persönlich staune ich beim Lesen von gewissen Kommentaren, man müsse wie bei einem Unternehmen jetzt mehr investieren, damit wir noch attraktiver werden. Ich wollte eine Folie präsentieren, aus welcher unsere Infrastrukturen aufgezeigt werden mit Kindertagesstätte, mit Dreifach-Turnhalle, mit Gemeindesaal, mit Schwimmbad usw. Wir haben wirklich hervorragende Infrastrukturen. Wir haben momentan ein Problem auf der Aufwandseite. Doch wir stehen noch nicht am Krückstock, wenn auch gemäss Zeitungsartikel dies suggeriert wird. Betrachten wir die Rechnung etwas tiefer, dann sieht man bei den Steuereinnahmen unser Problem. Das Resultat fiel tiefer aus als budgetiert. Bei CHF 18 Mio. Einnahmen ist das aus meiner Sicht vertretbar. Ein positives Zeichen bei den Einnahmen ist, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuern mit CHF 360'000 höher ausgefallen sind als budgetiert. Wir stehen bezüglich Steuereinnahmen im Gespräch mit dem Gemeinderat. Uns helfen die immer noch tiefen Zinsen, welche wir als Schuldner zu bezahlen haben. Das habe ich bereits im letzten Jahr erwähnt. Der genaue Effekt der tiefen Zinsen, ob das wirklich unter dem Strich der Gemeinde hilft, müsste genauer analysiert werden. All die tieferen Zinserträge, welche die Privatpersonen als Einkommen deklarieren müssen, fehlen der Gemeinde bei der Steuerertragsseite. Es ist ein zweischneidiges Schwert. Doch es ist bemerkenswert, trotz höherer Verschuldung, tiefere Sollzinsen zu präsentieren als dies im Vorjahr der Fall war mit rund CHF 20'000. Die Finanzkommission hat unangemeldete Kassenprüfungen durchgeführt. Es sind keine Beanstandungen anzubringen. Genauso präsentiert sich die externe Finanzprüfung durch die BDO. Die Finanzkommission hat den Gemeinderat betreffend Honorare ext. Berater immer wieder gerügt. Im Rechnungsjahr 2016 muss keine Rüge formuliert werden, denn gegenüber dem Rechnungsjahr 2015 sind die Kosten deutlich tiefer ausgefallen mit einem Aufwand von CHF 331'000. Das ist immer noch ein stattlicher Betrag. Doch der Aufwand wird kleiner. Positiv zu vermerken sind die Personalaufwände gesamthaft, welche sich ungefähr auf dem Level vom Rechnungsjahr 2015 bewegen. Beim Hallen- und Gartenbad betrug der Defizitbeitrag und die Abschreibung im letzten Jahr CHF 644'000, das sind 3 Steuerprozent, ohne Investitionen. Das sind rund CHF 70'000 mehr als in der Rechnung 2015 ausgewiesen. Betrachten wir das auf der Grafik, dann sieht man, dass das Betriebsdefizit im Jahr 2016 praktisch dem Budget entsprochen hat, sogar etwas unter Budget lag. Das Resultat wäre noch etwas besser ausgefallen, wenn nicht noch nichtbezogene Ferien zum ersten Mal abgegrenzt wurden. Das wurde nun auch beim Schwimmbadbetrieb umgesetzt. Dadurch wurde der Aufwand erhöht. Doch die Finanzkommission begrüsst diese Transparenz. Sind die Ferien bezogen, dann sollten diese Aufwendungen aufgelöst werden. Im letzten Jahr wurden Abschreibungen beim Hallen- und Gartenbad von rund CHF 158'000 vorgenommen gegenüber dem Vorjahr von CHF 100'000. Fallen wieder grössere Investitionen an, dann werden die Abschreibungen höher ausfallen und auch entsprechend in der Rechnung ihren Niederschlag finden. Die Finanzkommission hat an der Sitzung mit dem Gemeinderat verschiedene Punkte wie die Pendenzenliste besprochen. Die Finanzkommission wertet die Bearbeitung der Pendenzen durch den Gemeinderat als schleppend. Wir zeigen das an zwei Beispielen. Einsparungen beim Aufwand bei der Sporthalle wurde bereits in der Aprilsitzung 2014 thematisiert. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass wir noch nicht dort stehen, wo wir sein sollten. Erfreulich ist, dass kleine Einsparungen ab diesem Jahr bei den Unterhaltsmaterialien ausgewiesen werden. Aber sonst ist die Finanzkommission noch nicht zufriedengestellt. Wir sind auch nicht glücklich mit dem neuen Konzept Abwart. Dies wurde bereits mehrmals thematisiert. Es wurden Studien erhoben, wie man reinigen sollte, wie man organisiert sein sollte. Für die Finanzkommission ist noch nicht erkennbar, wie sich dies alles im Sinne von markanten Aufwandreduktion durchschlagen soll. Wir wünschen uns vom Gemeinderat mehr Schlagkraft. Was sind die Konsequenzen? Eine ungenügende Selbstfinanzierung führt zu einer stärkeren Hinterfragung von Investitionen. Jede Investition muss kritisch hinterfragt werden. Braucht es diese Investition? Wenn ja, welcher Standard reicht? Wir müssen versuchen, die Erfolgsrechnung weiter zu entlasten. Beim Aufwand, welcher selber reduziert werden kann, müssen wir versuchen, diesen tief zu halten oder zu reduzieren. Das erfordert klare, strikte Vorgaben für das Budget 2018. Wir haben beim Personal seit zwei Jahren defacto einen Stellenplafond. Ich denke, dass muss weitergeführt werden. Wir müssen prüfen, was auf der Ertragsseite möglich ist. Bei der Ertragsseite ist zu bemerken, dass ein Entlastungsprogramm vom Kanton besteht. Auf der einen Seite wird beim Kanton mehr bezahlt und auf der anderen Seite wird man als Gemeinde praktisch 1:1 entlastet. Soviel ich

weiss, hilft das Obersiggenthal nicht. Entwickeln sich die Kosten auf der Aufwandseite mit Pflegefinanzierung, Spitex usw. weiter, dann weiss ich nicht, ob wir wirklich mit diesem Steuerfuss im nächsten Jahr weiterfahren können oder nicht. Gehen wir davon aus, dass es die Aufgabe des Präsidenten der Finanzkommission ist, das Finanzszenario der Gemeinde etwas schwarz zu präsentieren, dann versichere ich Ihnen, dass das Szenario nicht zum Spass so dargestellt wird. Es sind Fakten. Wir haben einen grösseren Investitionsbedarf beim Schulraum. Wir werden mutmasslich einen grösseren Investitionsbedarf beim Hallen- und Gartenbad haben. Wir haben grosse nicht beeinflussbare Kostenblöcke. Was machen wir, wenn bei der Pflegefinanzierung CHF 300'000 Mehrbelastung resultiert? Wir müssen die Steuern erhöhen wegen diesen nicht beeinflussbaren Kostenblöcke. Bei den Steuereinnahmen aufgrund der letzten zwei Abstimmungen bin ich der Meinung, dass der Steuerzahler für eine Steuererhöhung überzeugt werden kann. Ich denke, eine Erhöhung wäre moderat. Die Elastizität ist beschränkt. Betrachte ich die Abstimmungsergebnisse der letzten beiden Abstimmungen, dann würde ich sagen, es liegen 1 bis max. 2 % drin. Ausser, es gelingt uns allen hier im Einwohnerrat, den Steuerzahler zu überzeugen, dass eine Steuererhöhung etwas höher ausfallen sollte. Eine Entlastung sehe ich nicht. Weiteres Sparen ist angesagt und die Investitionen sind weiterhin zu hinterfragen.

Ursula Haag: Christoph Villiger ist zu uns gestossen. Somit sind 39 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich versuche mit diversen Grafiken Ihnen die Rechnung 2016 etwas verständlicher dazulegen. In der Rechnung 2016 hatten wir drei Positionen, welche die Rechnung negativ beeinflussten. Es sind Mindersteuereinnahmen von CHF 1.2 Mio., Kosten von rund CHF 2.6 Mio. bei der Pflegefinanzierung, das heisst stationäre und ambulante Pflege, in Steuerprozenten heisst das rund 12 Steuerprozent - Tendenz steigend, und Mehrkosten beim Sozialwesen - CHF 400'000 höher als budgetiert. Der Gemeinderat, die Verwaltung und die Schule haben ein Sparpaket geschnürt. Damit hat man Einsparungen oder Reduktionen der Kosten von rund CHF 250'000 erreicht. Ich betone, es handelt sich nicht nur um reine Einsparungen, es beinhaltet auch Verschiebungen. An dieser Stelle möchte ich der Verwaltung und der Schule für das Mitpacken dieses Sparpaketes danken. Es ist nicht das erste Mal, dass ein solches Sparpaket geschnürt wurde. (Es werden verschiedene Folien zum Gesamtaufwand Rechnung 2016 gezeigt). Überall dort, wo Einfluss genommen werden konnte, liegen wir unter dem Budget. Im Transferaufwand sind die Zahlungen an den Kanton sowie die Pflegefinanzierungen, Sozialwesen etc. enthalten. Diese Posten können wir praktisch nicht beeinflussen. Die Entschädigungen an das Gemeinwesen stimmt in etwa mit dem Budget überein. Finanz- und Lastenausgleich ebenfalls. Wir bezahlen rund CHF 16 Mio. an den Kanton für Pflegefinanzierung, Berufsschulen usw. Bei den Erträgen haben wir beim Fiskalertrag CHF 1.2 Mio. weniger als budgetiert. Bei den anderen Positionen wie Entgelte, Transferertrag wurde der Budgetwert übertroffen. Dies führte dazu, dass der Mehraufwand abgedeckt werden konnte. Beim Fiskalertrag sehen Sie, dass bei der Einkommenssteuer ein grosser Einbruch resultiert. Vermögenssteuer liegt in etwa auf Budgethöhe. Erbschafts- und Schenkungssteuer liegt CHF 300'000 höher als budgetiert. Dank diesen CHF 300'000 Mehreinnahmen liegen wir mit CHF 1.2 Mio. im Defizit. Das habe ich bereits im letzten September 2016 angekündigt. Der Selbstfinanzierungsgrad wird deutlich schlechter. Der Aufwand der Einwohnergemeinde, ohne Eigenwirtschaftsbetrieb, sind diejenigen Kosten, welche durch Steuergelder gedeckt werden. Die Eigenwirtschaftsbetriebe werden durch Gebühren finanziert. Der Personalaufwand liegt in etwa unter Budget, ebenfalls der Betriebsaufwand und die Abschreibungen. Der Transferaufwand, welchen wir nicht beeinflussen können, liegt höher als prognostiziert. Bei der Pflegefinanzierung wurde unerwartet Ende Jahr ein grösserer Betrag vom Kanton eingefordert. Sie sehen bei den Erträgen, dass der Fiskalertrag unter Budget liegt, der Transferertrag etwas höher als budgetiert. Ich möchte speziell auf das operative Ergebnis eingehen. Das operative Ergebnis dient uns für die Berechnung des Steuerfusses. Peter Marten hat bereits gesagt, das Resultat der Rechnung 2016 ist nicht zufriedenstellend. Das operative Ergebnis mit rund CHF 800'000 Minus, in Steuerprozenten ausgedrückt sind das rund 4 Steuerprozent. Betrachten wir nun das Jahr 2018. Sie wissen, es wurde über die Aufgabenverschiebung Kanton – Gemeinde und Gemeinde – Kanton abgestimmt. Das bedeutet, die Gemeinde muss im Schnitt ihren Steuerfuss

um 3 Steuerprozent senken. Für Obersiggenthal würde das heissen, anstelle von 103 % neu 100 %. Bereits im September 2016 habe ich den Einwohnerrat informiert, dass Obersiggenthal diese Steuerfussenkung nicht umsetzen kann. In der Aargauer Zeitung konnten Sie die Entwicklung in den einzelnen Gemeinden sehen. Für Obersiggenthal war ersichtlich, dass ein Steuerprozent weniger gerechnet wurde. Das würde ein Steuerfuss von 102 % bedeuten. Ich betone, die Zahlen, welche der Berechnung zugrunde lagen, waren nicht die aktuellen Zahlen, sondern – ich vermute - die Zahlen der Rechnung 2014. Bernhard Wehri, Leiter Abteilung Finanzen, wird den Aufgaben- und Finanzplan erstellen. Derselbe wird Ihnen mit dem Budget 2018 vorgelegt werden. Wir kennen auch die Auswirkungen noch nicht. Diejenigen Personen, welche die Krankenkassenprämien nicht bezahlen, kommen auf die sogenannte Säumigenliste. Diese wird neu vom Kanton an die Gemeinde verschoben. Der Aufwand für die Gemeinde kann noch nicht abgeschätzt werden. Sobald wir mehr Informationen darüber haben, werden wir Sie informieren. Die Eigenwirtschaftsbetriebe weisen ein ganz anderes Bild auf mit einem ansehnlichen Vermögen. Sie sehen, wir liegen mit rund CHF 860'000 im Plus. Wird eine Gebührenreduktion verlangt, dann muss entgegengehalten werden, dass sehr grosse Investitionen anstehen. Mit diesen notwendigen Investitionen wird das Vermögen massiv abgebaut. Sie sehen die Nettoverschuldung seit 1994. Im Jahr 1996 lag diese knapp unter CHF 25 Mio. Warum? Das war in der Zeit beim Bau der Sporthalle. Wir hatten damals einen Steuerfuss von 95 %. Im Jahr 2008 haben wir ebenfalls einen höheren Wert. Das sind die rund CHF 8 Mio. für die Finanzierung der Pensionskasse. Der Steuerfuss betrug 98 %. Jetzt liegen wir knapp bei CHF 18 Mio. mit einem Steuerfuss von 103 %. Der Focus muss weiterhin auf die Aufwandseite gelegt werden. Die Einnahmenseite muss ebenfalls verbessert werden. Können wir diese zwei Sachen wirklich verbessern, dann steigt der Selbstfinanzierungsgrad. Der Selbstfinanzierungsgrad in der Rechnung 2016 beträgt 34 %. Sie sehen selber, dieser Betrag ist ungenügend für die Finanzierung von Investitionen. Der Kanton gibt vor, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50 % liegen sollte. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % steigt die Nettoverschuldung der Gemeinde. Die Investitionen müssen hinterfragt werden. Jede Investition verursacht Betriebs-, Personal- und Investitionsfolgekosten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte zu zwei Punkten des Berichtes der Finanzkommission Stellung nehmen. Punkt 2, Pendenzen. Die Empfindungen, welche die Finanzkommission hat, dass der Gemeinderat die Pendenzen schleppend bearbeitet, kann ich nachvollziehen. Fakt ist allerdings, dass ein Teil dieser Pendenzen noch nicht fertig bearbeitet werden konnten, weil entsprechende Abklärungen länger dauern. Ein Beispiel dafür ist die Architektensuche beim Hallen- und Gartenbad. Auch bei den Hausabwarten dauerten Abklärungen wesentlich länger. Doch zugegebenermassen, andere Arbeiten wurden priorisiert. Der Gemeinderat wird sich bemühen, die offenen Pendenzen baldmöglichst abzarbeiten. Zu Punkt 6.4 Kosten Sporthalle: der Gemeinderat, insbesondere der Gemeindeammann, ist verantwortlich für das Personal. Die vorgenommenen Einsparungen von CHF 20'000 bei den Löhnen wurde vom Einwohnerrat spontan entschieden. Ich habe die Verantwortung für das Personal und ich treffe keine willkürlichen Entscheide. Wir haben in der Sporthalle verschiedene Massnahmen getroffen. Es ist schon bald aufgefallen, dass beim nebenamtlichen Personal nicht CHF 20'000 eingespart werden konnte. Der Auftrag wurde auf die Löhne der hauptamtlichen Hauswarte erstreckt. Basierend auf einer schulbetreffenden Aufwandreduktion können diesbezüglich erst dann Lohnkürzungen vorgenommen werden. Die Aufwandreduktion ist auf das neue Schuljahr 2016/17, ab August 2016, eingeführt worden. Die Umsetzung mit den Änderungskündigungen dauert wegen den vertragsbedingten Fristen entsprechend länger. Zudem stellen wir fest, obwohl seit Jahren die Lohnkosten beim nebenamtlichen Personal höher lagen als budgetiert, nie entsprechende Budgetanpassungen vorgenommen wurden. Das ist offenbar nie aufgefallen und ist darauf zurückzuführen, dass Lohnkosten nicht von den verantwortlichen Abteilungsleitern eingesetzt wurden, sondern durch die Abteilung Finanzen. Das soll kein Vorwurf sein sondern ist Fakt. Deshalb hat sich eine grössere Differenz bezogen auf die effektiv budgetierten Lohnkosten – abzüglich der vom Einwohnerrat geforderten Einsparungen von CHF 20'000 – ergeben. Ich habe den Willen des Einwohnerrates nicht einfach ignoriert. Doch gegenüber dem Personal und auch gegenüber der Schule und den Vereinen, welche die Sporthalle benutzen, eine Verantwortung. In diesem Falle konnte ich den Auftrag des Einwohnerrates nicht wunschgemäss umsetzen.

Marcel Müller: Vorab bedankt sich die SVP-Fraktion für die wertvolle und aufwändige Arbeit der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Bernhard Wehrli. Die Darstellung der Rechnung ist ausgezeichnet und auch für Nichtfinanzexperten gut lesbar und verständlich. Die SVP-Fraktion nimmt die neuerlich negative Rechnung 2016 wieder mit Enttäuschung zur Kenntnis. Diesmal beläuft sich das Defizit auf CHF 844'000, was rund drei Prozenten entspricht. Es ist der dritte negative Rechnungsabschluss in Folge. Ohne die bisherigen Sporbemühungen von Gemeinderat, Finanzkommission, Verwaltung, Einwohnerrat und Anträgen der Arbeitsgruppe Finanzen wäre das Minus noch massiv deutlicher ausgefallen. Folgendes ist auffällig: die Pflegekosten, die Sozialkosten und die Kosten für externe Kinderbetreuung steigen weiterhin sehr stark an. Hier muss man die genauen Gründe kennen. Die ältere Bevölkerung nimmt in Obersiggenthal bekanntlich ab. Nehmen dann in Zukunft auch die Pflegekosten ab oder steigen sie zumindest nicht mehr an? Warum steigen die Kosten in der Sozialhilfe so stark an? Wie will man die Kosten für externe Kinderbetreuung unter Kontrolle bringen? Ferner fällt wiederum auf, dass die Steuereinnahmen massiv höher budgetiert wurden als sie dann tatsächlich eintrafen. Die Gesamtsteuereinnahmen sind nicht tiefer als in den Vorjahren. Nur das Budget war immer höher. Der Gemeinderat sollte mit realistischen Steuereinnahmen von CHF 25 Mio. budgetieren, alles andere ist Wunschdenken. Die Löhne stagnieren oder sinken in der Privatwirtschaft, wenn man einen neuen Job suchen muss. Es gibt im Moment einfach keine Argumente für wesentlich höhere Steuereinnahmen. Die Investitionen mussten leider wieder mehrheitlich mit neuen Krediten finanziert werden. Und so hat die Gemeinde Obersiggenthal inzwischen ungesunde CHF 18 Mio. Schulden. Das einzige grosse Glück, das wir haben, ist, dass die Schuldzinsen im Moment extrem tief sind. Das wird sich aber auch wieder einmal ändern. Bereits im Votum vom Mai 2014 hat die SVP-Fraktion davor gewarnt, die Steuern immer höher zu budgetieren. Leider wurden wir damals als Schwarzmalerei bezeichnet. Warum man auf der Steuerseite immer wieder schön budgetiert, bleibt der SVP ein Rätsel. Bisher scheinen auch keine wirklich guten Steuerzahler in die Gemeinde Obersiggenthal gezogen zu sein, obwohl wir jetzt Goldland haben und eigentlich 1.6 Steuern auf jeden ausgegeben Franken reinkommen sollten. Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen. Ob der Chef vom Gemeinderat und Einwohnerrat, das ist das Volk, einer weiteren Steuererhöhung zustimmen wird, ist sehr fraglich. Die Löhne und Renten der Bevölkerung stagnieren oder sinken seit Jahren. Da ist man nicht unbedingt bereit, höhere Steuern zu bezahlen. Die SVP-Fraktion fordert hier nochmals alle auf, alle Parteien in diesem Raum, und den Gemeinderat in diesem Zusammenhang zu sparen und bei den Investitionen bescheiden zu sein. Die SVP will keine höhere Steuerbelastung für die Bürger in Obersiggenthal und lehnt deshalb Steuererhöhungen ab. Die SVP steht zu gesunden Finanzen in unserer Gemeinde. Unser Credo lautet: wir wollen Geld in der Kasse und nicht Schulden bei den Gläubigern.

Walter Vega, Gemeinderat: Es wurden drei Sachen genannt. Ein Punkt waren die Pflegekosten, vor allem im Hinblick auf die Altersstruktur in unserer Gemeinde. Es hat sich erst kürzlich gezeigt, dass die Anzahl der älteren Bevölkerung abnimmt, dafür nimmt die Anzahl der Jugend zu. Im heutigen Zeitpunkt ist es zu früh zu beurteilen, ob die Kosten für die Pflegefinanzierung abnehmen werden. Das muss man beobachten. Geht es so weiter, so könnte das einen Einfluss haben. Zum Punkt Sozialkosten. Es gibt wirklich mehr Sozialfälle, das ist Realität. Die Zahl steigt und das hat zur Folge, dass die Sozialkosten ansteigen. Das Goldland wurde erst vor einer Woche komplett in Betrieb genommen. Da ist es heute zu früh, definitive Rückschlüsse zu ziehen. Wir brauchen da schon noch etwas mehr Zeit. Ich möchte bei der ausserfamiliären Kindererziehung und Kinderbetreuung schon noch etwas sagen. Wir müssen das Positive der ganzen Geschichte sehen. Wir betrachten immer nur die Kosten. Doch wenn die Kosten ansteigen, dann ist das eigentlich nicht unbedingt nur ein schlechtes Zeichen. Klar aus Sicht der Gemeinde mit den Finanzen ist es schlecht. Aber es heisst auch, dass das System für die ganze Bevölkerung zur Verfügung steht und funktioniert. Ideal wäre, alle Plätze belegt zu haben, dann würde die Gemeinde praktisch nichts bezahlen. Doch das ist nicht das Ziel und wurde auch nicht so gewünscht von der Bevölkerung. Die Bevölkerung hat klar ja gesagt zur ausserfamiliären Kinderbetreuung. Das erfüllen wir jetzt. Es ist auch klar, wenn Subventionen benötigt werden, dann muss die Gemeinde zahlen. Wir empfehlen dem Betrieb Goldland noch etwas Zeit zu geben und zu sehen, wie sich alles entwickelt. Es ist uns natürlich nicht

egal, wie das läuft. Wir prüfen genau, welche Massnahmen in Bezug auf Kosteneinsparungen getroffen werden können. Die Möglichkeiten sind beschränkt. Ich kann als Beispiel nicht einfach die Tarife erhöhen. Dies könnte auf den ersten Blick vielleicht funktionieren. Aber dann haben wir die Problematik, dass die Sozialhilfekosten wieder steigen. Kommt keine Subvention mehr, dann gelangen die Leute zum Sozialdienst und holen sich so das Geld.

Marcel Müller: Die Kinderbetreuungskosten präsentieren sich in der Rechnung 2016 ohne Goldiland. Wir stellen das nicht zum ersten Mal fest. Die Kosten belaufen sich in der Zwischenzeit auf CHF 536'000, ohne Goldiland. Betrachten wir die Kurve der Kostenentwicklung, dann ist die Entwicklung ziemlich exponentiell.

Walter Vega, Gemeinderat: Vorsicht mit dieser Zahl. Das ist nicht nur Goldiland.

Marcel Müller: Das ist klar. Am Schluss zählt das Gesamtpaket. Es stellt sich dann sicher die Frage wie die Situation aussieht, wenn das Goldiland nicht komplett belegt ist und noch andere ausserfamiliären Betreuungsangebote genutzt werden?

Urs Müller: Auch die Fraktion SP/Grüne ist nicht glücklich über das unbefriedigende Ergebnis der Rechnung 2016. Die Gründe für den schlechten Abschluss haben wir gehört. Es sind Ausgaben, welche die Gemeinde nicht beeinflussen kann. Es sind sogenannte gebundene Ausgaben. Es sind fehlende Steuereinnahmen. Wir möchten aber zwei Anmerkungen zur Rechnung anbringen. Punkt 1: die Verwaltung hat sorgfältig gearbeitet. Der Personal- und Sachaufwand ist tiefer als budgetiert. Ich glaube, da gehört ein Dank an die Verwaltung und an die Schule. Wir haben eine schlanke Verwaltung in unserer Gemeinde. Ich habe das Gefühl, die Zitrone ist langsam ausgepresst. Ein Indiz dafür ist die sehr hohe Fluktuation. Wir haben im letzten Jahr 18 Personen, welche aus dem Dienst der Gemeinde ausgetreten sind und 14 Neueintritte. Das könnte auch ein Zeichen dafür sein, dass die Gemeinde Obersiggenthal keine sehr gute Arbeitgeberin ist. Wir wissen, mit grossen Fluktuationen geht auch immer viel Knowhow verloren. Das kostet auch. Der zweite Punkt: wir dürfen unsere Gemeinde auch nicht schlecht reden. Die regelmässigen Hiobsbotschaften in der Presse sind nicht förderlich für die Standortattraktivität. Ich wurde von verschiedenen Nichtobersiggenthaler Personen angesprochen, welche finanzielle Misere wir haben und ob die Situation wirklich so schlimm sei. Wir haben gehört, wir haben mit dem Selbstfinanzierungsgrad ein Problem. Doch wenn wir die Kennzahlen der Rechnung auf Seite 34 betrachten, dann liegen wir gemäss Empfehlung des Kantons im absolut grünen Bereich. Ziehen wir die Spezialfinanzierungen dazu, dann stehen wir noch etwas besser da. Unsere Finanzlage ist besser als in vielen anderen Gemeinden. Ein Indiz: wir haben im letzten Jahr 2016 CHF 1.16 Mio. an Finanz- und Lastenausgleich bezahlt. Wir mussten dieses Geld nach Aarau überweisen für Gemeinden, welche finanziell nicht so gut dastehen. Unser Fazit: wir müssen weiterhin mit unseren Finanzen vorsichtig sein. Da gebe ich der Finanzkommission und auch Gemeinderat Linus Egger Recht. Doch wir dürfen unsere Gemeinde auch nicht zu Tode sparen.

Daniela Graubner: Das Ergebnis der Rechnung 2016 ist für die EVP enttäuschend. Die Steuererträge sind mit CHF 25 Mio. um CHF 1 Mio. tiefer als budgetiert. Obwohl der Steuerfuss im Februar 2016 um 5 % erhöht wurde, resultiert praktisch ein gleicher Fiskalertrag in der Rechnung 2016 wie schon in der Rechnung 2015. Ein operatives Ergebnis mit Minus CHF 844'000 ist somit ein herber Schlag. Die Kostenüberwälzungen durch den Kanton wie zum Beispiel die Pflegefinanzierung zwingen uns in die Knie. Diese Kosten können wir nicht beeinflussen. Die Gemeinde muss ihre Sparbemühungen gerade deshalb mit grösstem Einsatz weiterverfolgen um die Verschuldung der Gemeinde von CHF 18 Mio. nicht weiter ansteigen zu lassen.

Daniel Meier: Die CVP/BDP-Fraktion hat die Rechnung 2016 ebenfalls geprüft. Auch wir sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Ich möchte zum bisher Gesagte folgendes ergänzen: wir haben gehört, dass bei der Verwaltung der Gemeinde sehr gut gespart werden konnte. Das ist sehr positiv. Ein grosses Dankeschön dazu. Die Frage ist nun, wie weit kann die Zitrone noch gepresst werden? Auf der anderen Seite werden die Sparbemühungen leider wieder negativ wettgemacht durch die Rechnungen vom Kanton, welche wir nicht beeinflussen können. Im

Schnitt resultiert eine Nettoverschuldung, welche zunimmt und heute CHF 17.9 Mio. beträgt. Auf der Investitionsseite haben wir mit CHF 3.6 Mio. abgeschlossen, leicht tiefer als budgetiert. Die Einnahmen sind nicht so optimistisch eingegangen wie budgetiert. Die Steuereinnahmen sind zurückgegangen. Wir müssen mit dieser Situation leben und versuchen, inskünftig tiefer zu budgetieren, um auf einem tieferen Niveau einsteigen zu können. Um eine schwarze Null zu erreichen, müssen auf der Ausgabenseite weitere Sparmassnahmen erfolgen. Dies wird Konsequenzen bei der Budgetplanung 2018 nach sich ziehen. Wie werden wir weitere Finanzierungen tätigen können? Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 34 % liegt effektiv nichts mehr drin. Wir werden neue Schulbauten, Schwimmbadfinanzierungen, Reparaturen, grössere Beträge nur mit einer Steuerfusserhöhung finanzieren können. Das ist unser Fazit. Erfreulich präsentieren sich die Eigenwirtschaftsbetriebe, insbesondere die Wasserversorgung, welche während den letzten Jahre in der Lage war, zu sparen. Mit diesem schönen Fundus können die anstehenden Investitionen, welche wir in den folgenden Projekten sehen werden, finanziert werden können.

Christoph Villiger: Auch für die FDP ist die Rechnung 2016 enttäuschend. Heute haben wir mannigfach gehört, dass auf der einen Seite Fiskaleinnahmen fehlten. Wir haben aber auch Sparbemühungen vom Gemeinderat gesehen, welche positiv sind. Doch dies hat nicht ausgereicht, die zusätzlichen Kosten aus dem Gesundheitswesen, der Sozialhilfe, dem Asylwesen, zu kompensieren. Es resultiert eine ungenügende operative Leistung. Eine Bemerkung zum Bericht der Finanzkommission: Wir haben vom Präsident der Finanzkommission Peter Marten gehört, welche Positionen dies betrifft. Wir haben die Gründe vernommen. Trotzdem muss ich sagen, obwohl ich schon einige Jahre im Einwohnerrat bin und auch Mitglied der Finanzkommission war, solche Bemerkungen habe ich nie in einem Bericht gelesen. Die enttäuschende Jahresrechnung 2016 deutet daraufhin, dass die Zitrone wirklich ausgepresst wurde. Weitere Einsparungsmöglichkeiten sind schwierig. Wenn es wirklich nachhaltige und signifikante Kosteneinsparungen geben soll, dann geht es nur bei den grossen Kostenblöcken. Unter anderem haben wir von der FDP resp. Peter Marten ein Postulat eingereicht betr. Aufwandreduktion des Hallen- und Gartenbades. Wir sind gespannt, welche Antworten präsentiert werden. Die angespannte finanzielle Lage unserer Gemeinde führt dazu, dass die von uns beeinflussbaren Kosten, noch intensiver geprüft werden müssen. Das bedeutet, dass die Investitionen den finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Die FDP-Fraktion erwartet vom Einwohnerrat sowie vom Gemeinderat einen umsichtigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Anstehende Investitionsentscheide wird die FDP unverändert kritisch hinsichtlich deren Notwendigkeit hinterfragen. In anspruchsvollen Zeiten ist die Führung extrem wichtig und essentiell. Vom Gemeinderat, sei es in der aktuellen Konstellation oder in einer zukünftigen Konstellation, wie immer sie aussehen wird, erwartet die FDP-Fraktion eine fokussierte Vorwärtsstrategie, welche möglichst gute Rahmenbedingungen schafft für eine prosperierende Gemeinde, wie es Obersiggenthal auch verdient hat.

Linus Egger, Gemeinderat: Es wurden verschiedentlich die Steuereinnahmen angesprochen. Die von mir vorhin gezeigte Grafik zeigte die Steuereinnahmen ab 2004. Sie sahen dort, dass die Steuereinnahmen im Rechnungsbetrag bis 2013, ausser bei einem Jahr, über dem Budget lag. Damals wurde im Einwohnerrat der Antrag gestellt, die Steuereinnahmen mit CHF 500'000 höher zu budgetieren. Es werde immer pessimistisch budgetiert. Das wurde dann so gemacht. Und jetzt fehlen genau die CHF 500'000. Jetzt haben wir aus den Immobilien rund CHF 5 Mio. weniger Einnahmen. Jetzt können Sie ¼ davon rechnen für Kantons- und Gemeindesteuern. Das ist der Betrag, welcher bei uns fehlt. Unser Minus-Resultat liegt bei den Vorjahren. Betrachten wir das Rechnungsjahr, dann stehen wir praktisch auf Budgethöhe. In den Vorjahren Steuereinnahmen 2016 mit Steuereinnahmen 2014. Der Vergleich hinkt. Im 2014 hatten wir 98 % Steuerfuss, jetzt haben wir für das Rechnungsjahr 2016 103 %. Doch aus den Vorjahren rechneten wir immer noch mit 98 %. Darum müsste dies genauer definiert werden. Bei den Quellensteuern liegen wir unter Budget. Wir bekommen die Quellensteuer vom Kanton, sobald die Firmen bezahlt haben. Der Kanton verteilt die Gelder. Im letzten Jahr fehlte uns fast ein Quartal. Wir hoffen, dass das Geld dieses Jahr fliesst. Die Verwaltung hatte bereits in Aarau nachgefragt. Doch wir haben noch keine abschliessende Antwort erhalten, ob unsere Annahme zu-

treffe. Sobald wir mehr wissen, werden wir Euch im Einwohnerrat orientieren. Es wurde oft wegen Bemerkungen zu fehlenden besseren Steuerzahlen gemacht. Ich machte eine Auswertung der Veränderungen der Auswertung 2015 zum Jahr 2013. Nehme ich das steuerbare Einkommen von CHF 180'000 und mehr, dann haben wir 2015 zu 2013 – fünf Leute mehr in dieser Kategorie. Wir haben bei den Steuerzahlern Verschiebungen. Die Steuerzahler investieren in ihren Liegenschaftsunterhalt oder mit grösseren Beträgen in die Pensionskassen. Das kann bedeuten, dass diese Steuerzahler von einer höheren Einkommensstufe in eine tiefere Einkommensstufe verschoben werden. Diese Steueroptimierungen der Steuerpflichtigen fehlen uns bei den Steuereinnahmen. Inskünftig werden wir anders budgetieren. In den letzten Jahren haben wir für das Budget den Schnitt über die letzten 5 Jahre genommen. Der Gemeinderat hat nun klar bestimmt, es dürfen nur noch die letzten zwei, maximum 3 Jahre der Vorjahre beigezogen werden. Diese Änderung wurde für das Budget 2018 eingeleitet. Bei den Personalkosten wurden die Überstunden nicht budgetiert. Die Abteilung Finanzen trägt die Löhne ein, nicht aber die Überstunden. Dies ist Aufgabe der Abteilungsleiter. Das wurde in den letzten Jahren zu wenig oder nicht berücksichtigt.

Marcel Müller: Linus eine Frage zur Eigenmietwerterhöhung und Pendlerabzugsbeschränkungen. Hat das einen grösseren Einfluss auf die Steuern?

Linus Egger, Gemeinderat: Wir haben einmal für das Jahr 2016 gerechnet. Doch die Auswertungen habe ich noch nicht. Man hat bei der Eigenmietwerterhöhung 1 % angenommen. Eventuell wäre 0.8 % besser. Der Pendlerabzug wird eine Grössenordnung 0.2 oder 0.3 % ausmachen. Ich kann noch keine Angaben machen.

Ursula Haag: Wir beginnen nun die Rechnung Seite für Seite durchzugehen.

Patrick Hehli: Ich habe eine Bemerkung auf Seite 14 zur Kontoposition 5451. Marcel hat mir bereits den Wind aus den Segeln genommen. Im März 2015 hat die SVP hier im Einwohnerrat eine Motion eingereicht, man soll bezüglich Krippenpool ein Kostendach definieren. Damals wurde dies abgelehnt. Ein Jahr später wurde seitens der Finanzkommission ein gleicher Vorschlag unterbreitet. Ich habe die Daten zusammengetragen. Im Jahr 2003 haben wir beim Krippenpool mit CHF 16'128 begonnen. Heute liegen wir bei CHF 536'000. Es zeigt einen enormen Anstieg der Kosten. Man hatte dem Gemeinderat die Kompetenz übergeben zu schalten und walten mit dem Versprechen, man könne dies beim Budget regeln. Josef Sieber kann mir hier zustimmen. Als wir dann beim ersten Mal dies beim Budget regeln wollten, hiess es, es gehe nicht, weil wir vertraglich gebunden wären. Halbjährlich kann man lesen, dass irgendwo wieder ein eKrippe öffnet. Jetzt besteht ein Projekt im Gstühl in Baden. Wir fragen uns in der SVP, wie lange man diesem Treiben noch zuschauen will? Ich stelle nicht die Frage, ob es notwendig ist oder nicht. Notwendig und füllen kann man diese Krippen hundertprozentig. Ich stelle einfach die Frage, sind wir hier im Einwohnerrat weiterhin gewillt, wenn die Tagesstruktur Goldiland auch noch dazu kommt, gegen CHF 1 Mio. auszugeben für Kinderfremdbetreuung? Was wird gegen die stetige Kostenzunahme unternommen? Wieweit ist man mit der Forderung der Finanzkommission bezüglich Kostendach? Kann weiterhin Jahr für Jahr jede Person mit entsprechender Ausbildung und räumlichen Möglichkeiten eine Krippe eröffnen und wird sie automatisch im Krippenpool aufgenommen? In einem solchen Fall steigen die Kosten jährlich an.

Walter Vega, Gemeinderat: Es wurde vorhin bereits ähnliches formuliert. Ja, eine Entwicklung besteht. Das ist ein Zeichen, dass die Kinderfremdbetreuung genutzt wird. Es ist klar, wir können nicht nur zuschauen. Wir werden entsprechende Massnahmen ergreifen. Es gibt gewisse Stellschrauben. Doch ich warne davor, man kann nicht beliebig schrauben und schieben, es kann dann plötzlich zu einer Kostenentwicklung an einem anderen Ort kommen. Wir müssen die ganze Sache vorsichtig angehen. Das Goldiland ist neu und erst jetzt ist das Goldiland voll in Betrieb inkl. Mittagsbetreuung. Ich kann nicht sagen, dass die Kosten weniger werden. Das wäre falsch, wenn ich das sage. Sind das Familien, welche Subventionen benötigen, dann muss die Gemeinde ihren Anteil bezahlen. Das wird auch in Zukunft so sein. Es hat eigentlich nicht einmal etwas mit den Verträgen zu tun, weil wir im Krippenpool sind. Die Bevölkerung

von Obersiggenthal hat gewünscht, dass die Kinderfremdbetreuung angeboten wird. Wir erfüllen diesen Wunsch. Wie wir die Kosten unter Kontrolle halten können, muss geprüft werden. Wir haben den Minimalsatz beim Mittagessen angehoben. Wir haben für die Tagesstrukturen die Abrechnung einkommensabhängig gestaltet. Der Abschöpfungsgrad wurde erhöht. Gewisse Sachen sind bereits passiert.

Patrick Hehli: Sorry, dass ich Dich unterbreche. Du gehst auf die Tagesstrukturen Goldiland ein. Das war nicht das Thema meiner Fragen. Meine Fragen betreffen nach wie vor den Krippenpool. Was gedenkt man zu tun, dass in diesem Krippenpool a) nicht einfach stetig neue Krippen beitreten können und somit die Kosten steigen? Die anderen Gemeinden rundum haben dieses Problem auch. Und b) was ist das Thema betreffend Krippenpool in diesem Verband?

Walter Vega, Gemeinderat: Ich möchte etwas präzisieren. Es können hunderte von Krippen entstehen. Wir bezahlen an Obersiggenthaler Familien, welche ihr Kind in einer Krippe mit Kapazität fremdplatzieren, wenn der Platz in einer Krippe des Krippenpools ist. Zurzeit besteht der Krippenpool aus 16 Krippen. Es handelt sich hier um eine Subjektfinanzierung und nicht um eine Objektfinanzierung. Das ist wichtig. Das Risiko der Anzahl Krippen liegt nicht bei uns und ist für uns irrelevant. Auch die Auslastung der Krippe liegt nicht bei uns. Alles hängt von der demografischen Struktur ab, wieviel Subvention braucht es. Davon sind wir abhängig.

Patrick Hehli: Also ein Fass ohne Boden.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist egal, wie viele Krippen entstehen.

Patrick Hehli: Deine Aussage am Schluss stimmt nicht ganz überein mit der Bemerkung bei der Rechnung 2016. Ein grösseres Angebot an Krippenplätzen (Eröffnung einer zusätzlichen Krippe) führte zu entsprechenden Mehraufwendungen. Deine Aussagen widersprechen sich mit dieser Bemerkung.

Walter Vega, Gemeinderat: Es ist natürlich schon so, wenn mehr Plätze vorhanden und beansprucht werden, dann subventionieren wir.

Marcel Müller: Ich habe noch eine Frage im Zusammenhang mit den Steuereinnahmen. Wie viele umstrittene Rechtsfälle beim Gericht, bei der Steuerkommission etc. haben wir, aus welchen wir eventuell noch Steuereinnahmen erwarten können?

Linus Egger, Gemeinderat: Das weiss ich nicht. Du musst Dich an die Steuerkommission wenden. Der Gemeinderat hat keine Berechtigung zur Akteneinsicht.

Erich Schmid: Grundsätzlich ist mir aufgefallen, dass noch einige Kredite offen sind, welche zum Teil schon älter sind. Mit der Umstellung auf HRM2 wurde begründet, warum man mit den Kreditabrechnungen nicht vorwärts machte. Ich erwarte eine Reduktion der Kreditabrechnungen von 8 Seiten. Mir sind trotzdem zwei Positionen aufgefallen. Auf Seite 27, Position 2170.5040.11. CHF 80'000 Kredit, kumulierte Ausgaben bis 31.12.2015 CHF 81'064.34. Zwei Zeilen weiter unten Position 2170.5040.25, CHF 10'000 Kredit, kumulierte Ausgaben bis 31.12.2015 CHF 21'713.35. An der nächsten Einwohnerratssitzung in zwei Wochen werden wir über diese beide Kreditabrechnung abstimmen mit tieferen Beträgen. Wir haben eine negative Entwicklung von diesen zwei Kreditabrechnungen, was mich erstaunt.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderat: Die Kreditabrechnungen werden wir an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 22. Juni 2017 behandeln. Der Betrag ist tiefer. Es gibt eine Umbuchung, welche im 2017 vorgenommen wurde.

Erich Schmid: Es erfolgten Umbuchungen nach dem Stichtag 31.12.2016?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderat: Es ist sicher mehr als CHF 10'000. Doch wir sehen dies an der nächsten Sitzung. Bernhard Wehrli kann die Umbuchung mit dem genauen Betrag und Zeitpunkt nennen.

Erich Schmid: Im Wettbewerb beträgt die Differenz CHF 3'500 und CHF 1'064.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2016 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 2017.05 Rechenschaftsbericht 2016

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Theo Flückiger: Wir haben uns über den Rechenschaftsbericht 2016 gefreut. Der Bericht ist umfangreich und informativ. Man erhält einen guten Einblick in die Gemeinde. Dafür danken wir herzlich. Einzig zu erwähnen ist der Druck der Finanzlage unserer Gemeinde. Es zeigt auf, dass einige Organisationen unter diesem Spardruck gelitten haben. Uns erstaunt immer wieder, wie dies von den Organisationen mitgetragen wurde. Die Leute setzen sich für die Gemeinde ein. Sie arbeiten trotz massiven Budgetkürzungen mit Freude und Engagement für die Gemeinde weiter. Wir danken den Leuten für ihren grossen Einsatz und wir wissen diese Arbeit zu würdigen. Wir tragen ja zu dieser schwierigen Situation bei. Erwähnenswert für uns ist die umfangreiche Information im Rechenschaftsbericht sowie auf der Homepage. Wir wünschen uns, dass auch in der Rundschau auf den Rechenschaftsbericht auf unserer Gemeindehomepage hingewiesen wird.

Markus Renggli: Als Kontrast zum nackten Zahlenbericht ist der Rechenschaftsbericht der Ertrag, welcher mit den Steuerfranken erwirtschaftet wird. Leider kann man nicht alles in Franken ausdrücken wie zum Beispiel die Freiwilligenarbeit. Wir sind keine Schlafgemeinde mit steuerkräftigen Rentnern oder Senioren. Unser Leben wird von Jugendsozialarbeit bis zu neuen kreativen Aktivitäten für Senioren geprägt.

Daniela Graubner: Wir wollen Romana Hächler für das Verfassen des 80seitigen Rechenschaftsbericht danken. Wir finden die Informationen sehr interessant, welche durchaus auch einmal als Zeitungsbericht publiziert werden könnten. Ich denke hier an ein Hallen- und Gartenbad. Jeder Artikel wäre gleichzeitig auch Werbung. Einsätze der Feuerwehr wäre auch eine Möglichkeit der Publikation. Als Ganzes betrachtet finden wir den Rechenschaftsbericht zu lang. Der Bericht sollte etwas prägnanter ausfallen.

Micha Jetzer: Die SVP-Fraktion hat den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen sind wie jedes Jahr sehr aufschlussreich und zeigen die Arbeiten auf, welche während dem Jahr ausgeführt werden. Herzlichen Dank an die Verfasser. Mit der Arbeitsgruppe Finanzen sowie mit der Finanzkommission haben wir bereits im letzten Herbst beliebt gemacht, die Ressourcen anderweitig einzusetzen und den Rechenschaftsbericht grössermässig zu optimieren.

Daniel Jenni: Ich möchte auf die Kinderzahlen resp. Schulzahlen hinweisen. Die Anzahl unsere Vorschulkinder von 2013 bis 2016 stieg von 153 auf 198. Das erklärt vielleicht auch, warum mehr in Krippenplätze bezahlt werden muss. Bei der Pflegefinanzierung im Alter müssen wir vorsichtig sein. Es heisst nicht, dass wir mit dem Sinken des Durchschnittsalters weniger alte Leute in der Gemeinde haben, sondern wir haben mehr junge Leute.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2016 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5	Gemeindeführung Obersiggenthal
2016.24	Postulat CVP-Fraktion betreffend Einführung einer Geschäftsleitung in der Verwaltung
2017.13	Anstellungsbedingungen des Gemeindeammans und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates / Genehmigung angepasstes Reglement

Ursula Haag: Wird das Eintreten bestritten?

Marion Möllerke: Wir bestreiten das Eintreten und möchten gerne etwas dazu sagen. Erich, wir danken Dir für den Anstoss zum Thema Geschäftsleitung. Wir haben in unserer Fraktion SP/Grüne anstelle von Sparen einmal über andere Sachen diskutieren können. Das hat uns zu einem Entscheid verholfen, weshalb wir den Antrag ablehnen wollen. Der Zeitpunkt ist ungünstig so kurz vor den Wahlen. Es ist ein entscheidender Schritt, welcher nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Wir brauchen ein gründliches Abwägen und Prüfen. Dies müsste vorerst sicher bei anderen Gemeinden angefragt und abgeklärt werden.

Ursula Haag: Wird das Eintreten bestritten, dann wird darüber abgestimmt ohne Diskussion und Begründungen. Das ist die richtige Handhabung.

Anton Meier, Gemeindegeschreiber: Nichteintreten heisst, über das Geschäft wird nicht beraten und nicht abgestimmt.

—
Abstimmung

Wer will auf dieses Geschäft eintreten?

Wir treten auf dieses Geschäft ein mit 30 Ja- zu 9 Nein-Stimmen.

—
Ursula Haag: Das Traktandum wird wie folgt behandelt. Es handelt sich um ein Postulat, deshalb übergebe ich zuerst Erich Schmid das Wort. Wird diesem Geschäft zugestimmt, so müssen zwingend Anträge b) und c) angenommen werden. Selbstverständlich können Anträge oder Korrekturen bei c) vorgenommen werden. Wir werden zuerst alle Fraktionsmeldungen hören. Anschliessend wird das Reglement behandelt. Dazu können Fragen oder Anträge gestellt werden. Am Schluss erfolgt eine Abstimmung über die drei Anträge.

Patrick Hehli: Marion, jetzt wäre der Zeitpunkt den Rückweisungsantrag zu stellen. Wir sind jetzt auf das Geschäft eingetreten. Nach meinem Verständnis darfst Du jetzt ein Rückweisungsantrag stellen, bevor wir zur Diskussion schreiten.

Ursula Haag: Zuerst kommt Erich Schmid zum Zuge. Theoretisch müssen zuerst alle Fraktionsmeinungen vorgetragen werden. Es kommt nicht darauf an, wann Marion den Rückweisungsantrag stellt.

Erich Schmid: Gerne nehme ich als Postulant zum Bericht und Antrag Stellung. Dies auch im Namen der Fraktion der CVP/BDP. Aus der Vorlage wie auch aus den diversen Unterlagen ist gut ersichtlich, welche Überlegungen der Gemeinderat gemacht hat und woher die verschiedenen Informationen stammen. Hauptziel des Postulates war und ist es, dass die Geschäfte in der Verwaltung und im Gemeinderat effizienter abgewickelt werden können und eine klarere Trennung zwischen operativen und strategischen Aufgaben entsteht. Der Gemeinderat hat in seiner Prüfung des Postulates erkannt, dass auch für Obersiggenthal die Einführung einer Geschäftsleitung Sinn macht. Grundsätzlich hätte er ja auch zur Schlussfolgerung kommen können, dass das bisherige System richtig sei und es beibehalten wolle. Der Vorschlag des Gemeinderates erscheint uns als richtig und er verfolgt klar auch das formulierte Ziel. Wir erachten diesen Vorschlag deshalb als gut. Wir alle erwarten, dass wir in der Verwaltung gutes Personal haben. Mit der Abgabe von zusätzlicher Verantwortung an die Geschäftsleitung tragen wir dieser Erwartung auch Rechnung. Markant in der Vorlage ist, wie lange die Vorteils- und wie kurz die Nachteilsliste ist. Natürlich müsste in einem Vergleich eine Gewichtung gemacht werden, rein von der Anzahl her ist dies mit 10:3, eine klare Sache. Die Einführung der Geschäftsleitung ist daher die logische Folge der Abklärungen und Begründungen. Das zukünftige Pensum des Gemeindeammanns wurde in der CVP ebenfalls intensiv diskutiert. Es gab Meinungen, die die vorgeschlagenen 60 % als sinnvoll erachten. Einige Stimmen stufen das Pensum als obere, andere Stimmen als untere Grenze ein. Schlussendlich hat sich die Fraktion auf den Vorschlag des Gemeinderates mit 60 % geeinigt und wird deshalb den Antrag mit einem Pensum des Gemeindeammanns von 60 % unterstützen. Dass die Einführung der Geschäftsleitung sowie die Reduktion des Pensums des Gemeindeammanns zur Folge hat, dass die Pensen seitens Verwaltung angepasst werden müssen, ist aus unserer Sicht verständlich und von Anfang an klar. Die Arbeit muss irgendjemand erledigen. Die 50 % Erhöhung sind insgesamt mehr oder weniger kostenneutral. Es steht ja immer noch ein Einheitspreis dahinter. Natürlich haben wir uns gewünscht, dass hier eine Reduktion erfolgen kann und etwas eingespart werden kann. Doch wir erachten die Verteilung dieser Teilpensen als sinnvoll und wir unterstützen deshalb auch diesen Antrag. Obwohl damit vorderhand keine Kosteneinsparungen erzielt werden, erwarten wir durch die Geschäftsleitung eine klare Effizienzsteigerung in der Verwaltung und im Gemeinderat, was auch ein Gewinn ist, nicht monetär, aber ein Gewinn. Ebenfalls erwarten wir, dass der Gemeinderat sich vermehrt auf die Strategie konzentrieren kann. Die teilweise fehlende Strategie haben wir in der bald ablaufenden Amtsperiode des Öfteren und zu Recht kritisiert. Der Gemeinderat schlägt weiter vor, dass das „Reglement über die Entschädigung der Exekutivbehörde“ jeweils gegen Ende der Amtsperiode durch den Einwohnerrat festgelegt werden soll. Wir erachten auch diesen Punkt als wichtig und richtig. Zu dem 60 % Pensum des Gemeindeammanns ist noch zu erwähnen, dass gemäss den Anstellungsbedingungen der Gemeindeammann neu Anspruch auf Sitzungsgelder hat, so wie dies bereits bei den Gemeinderäten gehandhabt wird. Aus unserer Sicht macht auch dies Sinn, der Hinweis ist aber trotzdem wichtig: in den 100 % waren diese Entschädigungen bisher eingeschlossen, das neue Pensum ist deshalb eigentlich nicht 60 %, sondern dazu kommen zusätzlich Kommissionsgelder. Trotz der breiten Zustimmung zum Antrag insgesamt haben wir folgende Anträge zur Vorlage und vor allem zum Reglement der Anstellungsbedingungen: 1. Antrag: in der Vorlage des Gemeinderates steht, dass jeweils an der Juni-Sitzung darüber abgestimmt werden soll. Wir wollen festgehalten haben, dass dieses Wahlprozedere in der März-Sitzung stattfinden soll. Das ist nicht unbedingt eine heikle Sache. Antrag 2 zum Reglement.

Ursula Haag: Wir werden das Reglement separat, Seite um Seite, behandeln. Die Anträge sind dann zu stellen. Je nachdem, wie über den Rückweisungsantrag entschieden wird.

Erich Schmid: Dann kann man zum Reglement separat Antrag stellen, richtig? Zum Schluss meiner Stellungnahme halte ich fest, dass es äusserst enttäuschend war, dass die Vorlage erst jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Das Postulat stammt vom April 2016, die Überweisung erfolgte am 2. Juni 2016 und nun kommt die Vorlage erst im Juni 2017, sehr knapp vor dem Wahltermin! Es ist uns durchaus klar, dass eine solche Anpassung gut durchdacht sein muss und trotzdem erachten wir für alle Parteien den Zeitpunkt mehr als unglücklich. Wie soll die Kandidatensuche durchgeführt werden, wenn eine solch wichtige Randbedingung nicht klar ist? Es handelt sich ja einerseits um die Randbedingungen des Pensums des Gemeindeammanns von 100 % auf 60 %. Grundsätzlich hätte in der Vorlage stehen können, dass zum Beispiel der Gemeinderat reduziert oder aufgestockt wird. Dies war nicht der Fall. Doch es bestehen viele Unklarheiten von Randbedingungen, wenn man versuchen will, Gemeindeammannkandidaten oder Gemeinderatskandidaten zu suchen.

Marion Möllerke: Muss ich den Antrag schriftlich einreichen?

Ursula Haag: Ja, für den Antrag. Bitte stelle nun den Rückweisungsantrag mit den Begründungen.

Marion Möllerke: Ich bin mir nicht sicher, ob Du nun etwas Schriftliches brauchst oder nicht.

Ursula Haag: Für den Antrag ja. Gib nun Deine Gründe bekannt.

Marion Möllerke: Entschuldigt bitte das Chaos, doch es ist für mich das erste Mal. Ich weiss nicht, ob das schon einmal so im Rat erfolgte. Erich hat bereits erwähnt, dass der Zeitpunkt für einen Systemwechsel äussert knapp angesetzt ist. Es bestand kaum Zeit bei Gemeinden mit Geschäftsleitungen Abklärungen zu treffen und zu fragen, wie das System funktioniert und ob das System einer Geschäftsleitung auch mit einem Einwohnerrat funktioniert. Auf der Tabelle steht bei Lenzburg mit Einwohnerrat lediglich, es bestehe ein anderes Modell als das Geschäftsleitungsmodell. Ich finde es echt schwierig und das ganze muss genauer betrachtet werden. Ich denke, eine Geschäftsleitung stellt in einem gewissen Sinne ein Verlust unserer demokratischen Grundwerte dar. Die Gewaltentrennung wird eigentlich unterlaufen, indem einige Entscheide durch die Verwaltung getroffen werden. Es ist aus meiner Sicht schwierig, einen Gemeindeammann oder eine Gemeindeammännin mit einem 60 %-Pensum zu finden. Wie sieht es bei einer Abwahl aus? Schafft diese Person dann einen 100 %-Eintritt ins Geschäftsleben? Solche Punkte müssen in der heutigen Zeit sehr gut überlegt sein. Man sollte Ökonomie und Politik nicht durchmischen. Die Gemeinde ist keine Firma und man kann eine Gemeinde nicht nach Grundsätzen einer Unternehmung führen. Ein Systemwechsel, wie heute vorgestellt wird, soll nicht aufgrund aktueller Mandatsträger erfolgen, sondern soll dem Wohl der Gemeinde dienen. Wir stellen deshalb einen Rückweisungsantrag.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der Fraktion SP/Grüne wird mit 15 Ja- zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dieter Marin, Gemeindeammann: Bevor ich mich zur gemeinderätlichen Antwort des Postulates äussere, möchte ich festhalten, dass ich die folgenden Aussagen nicht aus meiner persönlichen Sicht als Gemeindeammann Dieter Martin, sondern aus neutraler Sicht als Herr Gemeindeammann von Obersiggenthal mache. Es geht nicht darum, das Kollegialitätsprinzip zu verletzen. Es handelt sich bei diesem Geschäft um die Beantwortung eines Postulates aus dem Einwohnerrat und um eine wegweisende Weichenstellung. Der Gemeinderat ist sehr transparent. Darum steht in der Vorlage auch der Begriff kontrovers. Dazu möchte ich einige Erläuterungen abgeben. Natürlich gab es jeweils im Gemeinderat eine Mehrheit aber keine Einstimmigkeit, wie es bei einem solchen Thema sinnvoll wäre. Aus der Vorlage ist ersichtlich,

dass besonders in zwei Bereichen im Gemeinderat kontroverse Diskussionen geführt wurden. Es gab verschiedene Vorschläge, wie das Geschäft angegangen werden sollte. So war der Antrag um Begleitung einer externen Firma mit Erfahrung auf diesem Gebiet mit dem Ziel, den Einwohnerrat im März 2017 zu informieren, aufgrund der hohen externen Kosten, nicht mehrheitsfähig. Dies nicht zuletzt auch weil der Einwohnerrat den Gemeinderat dauernd darauf hinweist, man soll die externen Kosten im Griff halten. Auch das Pensum des Gemeindeammanns wurde kontrovers diskutiert. Natürlich haben wir im Gemeinderat das Ressortprinzip. Das bedeutet, jeder Gemeinderat ist für bestimmte Themenbereiche zuständig. So auch der Gemeindeammann. Aktuell sind dem Gemeindeammann folgende Ressorts zugeteilt: Gemeindeverwaltung, Personal, Planung und Entwicklung, Polizei, Verkehr, Forstwirtschaft, Friedhof, Kultur, Vereine und Gemeindeparterschaften. Nun komme ich noch zu einer persönlichen Aussage. Als Gemeindeammann bin ich die einzige Person im Gemeinderat, welche den Aufwand für diese Arbeiten aus eigener Erfahrung kennt. Bei den zusätzlichen Aufgaben handelt es sich um folgende Themenbereiche, bei welchen es um Vorbereitungs-, Ausführungs- und Nachbearbeitungsarbeiten geht. Es ist das Themengebiet 1 Gemeinderat: es geht um Sitzungen, Strategie, Informationen, Legislaturzielen etc. Themengebiet 2: die Auftragsbearbeitung aus dem Gemeinderat und Einwohnerrat, der Gemeindeammann muss gewisse Aufgaben erledigen. Themengebiet 3 Einwohnerrat: Sie sehen in Ihren Unterlagen auf der Liste, dass nur zwei Gemeinden aufgeführt wurden mit Einwohnerrat. Der Einwohnerrat gibt mehr Aufwand als eine Gemeinde mit zwei Gemeindeversammlungen pro Jahr. Wir haben in der Regel 5 bis 6 Einwohnerratssitzungen pro Jahr. Es gibt Tätigkeiten für den Gemeindeammann regionaler Art wie zum Beispiel Baden Regio, Gemeindeammännervereinigung oder Treffen mit den Gemeindeammännern im Bezirk. Aus kantonaler Sicht gehören ebenfalls Aufgaben dazu, die vom Gemeindeammann wahrgenommen werden müssen. Es gehören Öffentlichkeits- und Repräsentationspflichten sowie Aufgaben als Delegierter dazu. Ich möchte an dieser Stelle Art. 42 der Gemeindeordnung in Erinnerung rufen. Es steht: Der Gemeindeammann ist Vorsteher der Gemeinde und präsidiert den Gemeinderat. Er vollzieht dessen Beschlüsse. Er steht der gesamten Gemeindeverwaltung vor. Daran ändert sich auch nach einem Entscheid für ein Geschäftsleitungsmodell nichts. Der Artikel leitet sich übrigens aus Art. 45 Gemeindegesetz ab. Ausser der Personalverantwortung sind die Aufgaben des Gemeindeammanns primär politischer Art. Diese Aufgaben können nicht einfach an die Verwaltung abgetreten werden. Eine minimale Überwachung der Aufgaben von strategischer oder operativer Art ist sowohl beim Gemeindeammann wie auch bei den Gemeinderäten nicht zu umgehen. Ich denke hier an die Geschäfte des Einwohnerrates. Es geht nicht anders als sich mit der operativen Seite auseinanderzusetzen. Wird die Personalverantwortung vom Gemeindeammann an die Verwaltung übergeben, dann handelt es sich um eine Kürzung des Gemeindeammann-Pensums von ca. 15 % bis 20 %. Eine weitergehende Kürzung des Pensums hätte zur Folge, dass der Gemeindeammann seinen Aufgaben nicht in allen Teilen nachkommen kann. Die Gemeinde würde vermehrt durch die Verwaltung oder gar nicht mehr vertreten sein. Der Gemeinderat würde dementsprechend an politischem Stellenwert einbüßen. In Euren Überlegungen als Einwohnerräte bitte ich Euch, die Gemeindegrösse unserer Gemeinde, in der Region und die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Parlament, sprich Einwohnerrat, entsprechend zu gewichten.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion hat dieses Geschäft ausgiebig diskutiert und die Vorlage wurde eingehend analysiert. Die FDP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, das Geschäft abzulehnen. In der Vorlage fällt als erster Punkt auf, dass die vom Postulant beschriebene Situation, dass der Gemeinderat sehr stark mit täglichen zum Teil mit grossen unproduktiven Tätigkeiten beschäftigt sei und sich vermehrt um strategische Aufgaben kümmern soll, nicht so ist. In der Vorlage auf Seite 6 unter Punkt 3.4 steht: „...Entgegen der Begründung des Postulates, sind die Obersiggenthaler Gemeinderäte in ihrer heutigen Arbeit nicht so stark mit operativen Aufgaben beschäftigt...“. Es stellt sich für uns die Frage, warum der Gemeinderat, obwohl die Situation wie im Postulat beschrieben ist, nicht vorhanden ist, dennoch eine Änderung der Gemeindeführung präsentiert? Für uns waren für die Ablehnung folgende Punkte entscheidend: In der Aktenaufgabe liegt ein Papier Organisation der Gemeindeverwaltung, mögliche Führungsmodelle, Leitfadens. Das Papier wurde vom Kanton, Gemeindeabteilung, sowie der Ge-

meindeammännervereinigung vom Kanton Aargau erstellt. Der Meilenstein eines solchen Reorganisationsprojekts ist strukturiert beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass wichtige Voraussetzungen resp. Meilensteine für eine solche Reorganisation einer Gemeindeführung in unserer Gemeinde nicht gegeben sind. Wie wir dem zitierten Leitfaden entnehmen können, bestehen grundsätzlich 4 verschiedene Grundformen von Führungsmodellen. Im Leitfaden steht interessanterweise, dass im Kanton Luzern seit 2008 diverse Reorganisationen durchgeführt wurden. In 8 von 10 Gemeinden mit einem solchen neuen Führungsmodell wurde das sogenannte Verwaltungsleitermodell gewählt. Zwei Gemeinden haben sich für das Delegierten-Modell entschieden. Keine Gemeinde hat sich für das heute zur Diskussion stehende Geschäftsleitungsmodell entschieden. Im Leitfaden wird auf Seite 18 ausgeführt, dass diejenigen Gemeinden im Kanton Luzern mit dem Verwaltungsleitermodell bezüglich Rekrutierung von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten weniger Probleme hatten und vor allem auch jüngere Personen für ein Amt gewinnen konnten. Eine Situation, welche wir für unsere Gemeinde als vorteilhaft erachten würden. Es wäre für uns zwingend notwendig gewesen, dieses Modell vertieft zu prüfen. Offenbar wählen die Mehrheit der Gemeinden bei einem Wechsel das Verwaltungsleitermodell. In der uns vorgelegten Vorlage steht ein Satz: „Dieses Modell ist sehr hierarchisch ausgerichtet und im Gegensatz zum Geschäftsleitungs-Modell weniger breit abgestützt im Kader der Verwaltung“. Dieses Modell mit einem Satz abzutun greift unseres Erachtens als zu kurz. Wir sind weiter der klaren Auffassung, dass die Änderung der wichtigen Frage der Gemeindeführung ohne professionelle Begleitung und Beratung nicht durchgeführt werden kann. Eine solche Beratung muss Erfahrung und Wissen aus dem Organisationsbereich der kommunalen Ebene nachweisen, um ein solches Projekt begleiten und durchführen zu können. Dies wird im Leitfaden klar empfohlen, sich beraten und begleiten zu lassen. Die Voraussetzungen für eine Reorganisation müssen geprüft werden. Die Kosten bewegen sich gemäss Vorlage zwischen CHF 10'000 und CHF 20'000 und liegen im überschaubaren Bereich. Weiter steht auf Seite 15 des Leitfadens geschrieben, dass zur erfolgreichen Durchführung eines solchen Reorganisationsprozesses das Projekt vom Gemeinderat als Gremium und auch vom Gemeindeschreiber voll unterstützt werden muss. Diese Voraussetzung sehen wir, wir haben es vorhin gehört, als nicht gegeben. Der Gemeinderat steht einer Einführung des Geschäftsleitungsmodells nur grundsätzlich positiv gegenüber. Eine geschlossene Überzeugung, dass mit dieser Vorlage eine für die Gemeinde Obersiggenthal bessere Gemeindeführungsstruktur eingeführt wird, geht für uns aus dieser Vorlage nicht hervor. Bedenklich wurde auch aufgenommen, dass die Einführung des neuen Führungsmodells vom Kader und vom Personalverband eher kritisch beurteilt wurde. Leider ist weder aus der Vorlage noch aus der Aktenaufgabe genau zu entnehmen, was die Gründe für die ablehnende Haltung sind. Offenbar wird gemäss dem Vorlagentext keine wichtige Veranlassung für eine derartig organisatorische Veränderung gesehen. Offenbar besteht aus Sicht der betroffenen Gemeindeverwaltung keine Notwendigkeit für eine Reorganisation. Diesbezüglich ist ebenfalls festzuhalten wie im Leitfaden beschrieben, dass bei einer Überprüfung der Einführung eines neuen Führungsmodells die Akzeptanz, insbesondere der Kadermitarbeiter, wichtig ist. Sonst bestehe die Gefahr, dass die vorgesehenen Änderungen zu wenig Akzeptanz finden und Widerstand hervorruft. Neben all diesen Punkten ist für uns auch der Zeitpunkt, wie schon zweifach erwähnt, im Juni 2017 vor den Wahlen, ungünstig zu beurteilen. Diesbezüglich ist im Leitfaden eine Vorgabe gegeben mit dem zeitlichen Ablauf. Da geht man davon aus, dass das zweite Jahr einer Amtsperiode der ideale Zeitpunkt ist, ein solches Projekt an die Hand zu nehmen. Wir werden die Anträge b) und c) ablehnen. Bezüglich dem Antrag a) werden wir einen Gegenantrag stellen und zwar, dass der Bericht des Gemeinderates zum Postulat Erich Schmid, CVP, nicht gutgeheissen wird, sondern der Bericht wird nur zur Kenntnis genommen. Der Antrag lautet wie folgt: Der Einwohnerrat nimmt von dem Bericht des Gemeinderates zum Postulat Erich Schmid vom April 2016 Kenntnis. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Lukas Füglistler: Wir haben das Thema in der SVP-Fraktion kontrovers diskutiert. Wir sind aber einstimmig der Meinung, dass wir das Postulat von Erich Schmid unterstützen. Der Zeitpunkt ist nicht ideal, das liegt auf der Hand. Man hätte darüber im März diskutieren sollen. Wir sind der Überzeugung, dass mit der Einführung einer Geschäftsleitung die operativen Aufgaben und Personalführung innerhalb der Gemeindeverwaltung effizienter und zielführender erledigt

werden können. Im Gegenzug bekommt der Gemeinderat die notwendige Zeit, sich strategischen Fragen zu stellen, welche die Gemeinde weiterbringen können. Der Gemeindeammann kann sich vermehrt und gezielt mit Entscheidungsträgern und Investoren befassen um dort Kontakte zu suchen und zu finden. Die Aufführung der Nachteile, dass bei operativen Themen der Kontakt zur Bevölkerung verloren gehe, ist unserer Meinung nach nicht nachvollziehbar. Durch Aktionen, wie zum Beispiel im letzten Jahr der Besuch in den verschiedenen Quartieren, hatte gezeigt, dass der Kontakt des Gemeinderates resp. des Gemeindeammanns mit der Bevölkerung stattfindet. Wir würdigen, dass sich der Gemeinderat der Fragestellung ohne externe Hilfe und Beratung von aussen angenommen hat. Wir hoffen und wünschen, dass auch die Abteilungsleiter der Verwaltung den Systemwechsel annehmen werden. Ein Systemwechsel ist immer mit Reibungsverlusten einhergehend. Schlussendlich wird eine Entscheidung gefällt und entweder es passt einem oder es passt einem nicht. Die Fragestellung zum Projekt in der nächsten Legislatur sind reich befrachtet und sehr wichtig für die nächsten Jahre. Es ist an der Zeit, trotz der knappen Finanzen, den Stier an dem Hörnen zu packen und vorwärts zu schauen.

Eugen Paul Frunz: Eine Frage zum Votum vom Gemeindeammann. Will er uns jetzt sagen, wir sollen den Antrag des Gemeinderates unterstützen oder wünscht er eine Ablehnung? Ich bin aus dem Votum von Dieter nicht so schlau geworden. Das Votum hat nicht zu der Vorlage gepasst.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Idee ist nicht, dass ich das jetzt ablehne. Die Idee ist, dass ich Euch darauf aufmerksam machen wollte, dass das Pensum des Gemeindeammannes ziemlich gestrafft wurde. Das ist meine Intension.

Erich Schmid: Dieter Du hast gesagt, zwei Punkte wurden kontrovers diskutiert. Das eine war die externe Begleitung. Das andere war das Prozentpensum. Wurde das Geschäftsleitungsmodell im Gemeinderat auch kontrovers diskutiert? Stefan hatte vorhin erwähnt, es sollten alle Gemeinderäte sowie die Abteilungsleiter hinter dem Projekt stehen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, steht das auf Seite 15 im Leitfaden. Dieter hat nun interveniert. Ich finde das speziell, dass der Gemeinderat erst jetzt interveniert und darlegt, dass bei der Beschlussfassung keine Einigkeit bestand, anstelle das Geschäft vorzustellen und zu unterstützen. Es wurden nur Deine Prozente resp. Deine aktuellen Prozente des Gemeindeammannes und die externe Beratung besprochen. Wir wissen nicht, ob das Geschäftsleistungsmodell kontrovers diskutiert wurde oder nicht.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich bin seit 13 Jahren im Gemeinderat. Ich habe bezüglich dieses Geschäfts von Anfang an kommuniziert, dass ich mich nicht an das Kollegialitätsprinzip halten werde. Die Diskussion im Gemeinderat wurde sehr kontrovers geführt. Ich habe das Modell abgelehnt und ich habe das von Anfang an offen deklariert und ich stehe dazu.

Erich Schmid: Nun Dieter eine Frage zur Abstimmung Geschäftsleitungsmodell im Gemeinderat. War es 4:1 oder 3:2? Marie-Louise Nussbaumer hat klar informiert, was sie darüber denkt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir äussern uns dazu nicht. Das ist auch nicht nötig.

Peter Marten: Ich stelle als Einwohnerrat eine Grundsatzfrage. Habe ich komplett andere Unterlagen bekommen als Ihr alle? Haben wir die gleiche Vorlage? Ich kann mir nicht erklären, wie man auf diesem Papier eine vernünftige Entscheidung fällen kann. Wenn ich in meinem Geschäft mit einer solchen Vorlage zum CEO gehe, dann bin ich 5 Minuten später aus dem Büro mit dem Hinweis, die Aufgaben von Anfang an nochmals zu machen. Erich, zuerst möchte ich etwas zu Deinen Feststellungen aufzeigen. Die Geschäftsleitung hat 10 Pluspunkte und 5 Minuspunkte. Wer hat dies definiert? Die mutmasslichen Mitglieder der neuen Geschäftsleitung. Das ist wie, wenn ich meinen Jungen frage würde, findest du Süsses gut oder schlecht? Da würden sicher 10 Plus- und 5 Negativpunkte resultieren. Uns liegen vier grundlegende Modelle vor. Die Modelle wurden nicht verglichen und bewertet. Es gibt doch keine

Analyse, ohne dass die Modelle nicht miteinander verglichen und bewertet wurden. Das fehlt und muss gemacht werden. Nur so kann ein vernünftiger Entscheid gefällt werden. Es ist nicht kostenneutral. Wir haben 10 Stellenprozente mehr. Wir prüfen die Ausgabe von jedem Franken. Und hier entscheidet man um 0.1 Stellenprozent mehr. Es handelt sich hier wirklich um eine schlechte Vorlage. Ich sage nicht, dass ich gegen ein Geschäftsleitungsmodell bin. Es ist meine zutiefst liberale Überzeugung, dass eine Verwaltung nicht mehr Kompetenzen erhalten sollte. Politik führt. Das ist hier nicht gegeben. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet 8 von 10 Luzernen Gemeinden das Verwaltungsleitermodell nehmen. Und wir bewerten das nicht einmal richtig. Das verstehe ich nicht. Die Modelle müssen bewertet werden. Dann kann entschieden werden, welches Modell passt. Ich staune einfach rechts und mittig.

Patrick Hehli: Ich betone, was ich jetzt sage, sage ich als Patrick Hehli und hat nichts mit der SVP-Meinung zu tun. Ich bin überzeugt, dass das Ammann-Amt reduziert werden kann. Ich bin davon felsenfest überzeugt und stehe dazu. Ich finde es auch gut, wird darüber diskutiert. Aber ich muss Peter Recht geben. Von Berufes wegen bin ich ein Taktiker. Ich kann es nicht unterlassen, gewisse Vorwürfe zu äussern. Für mich ist alles taktisch gelaufen. Man präsentiert eine schlechte Vorlage, behandelt das Postulat ziemlich spät, das wurde bereits mehrmals erwähnt, und dann wird die Vorlage abgelehnt und ist vom Tisch. Ich bitte Euch, kommt heute nicht zu einem Entscheid, hinter dem Ihr nicht stehen könnt. Ich finde, das Postulat darf auf keinen Fall abgeschrieben werden. Wenn, dann muss man das Postulat mit den Fakten, die jetzt von meinen Vorrednern angebracht wurden, zurückgeben. Der Gemeinderat muss das dann behandeln und vor allem die Modelle miteinander vergleichen. Das habe ich auch vermisst. Die SVP hat zwar gesagt, es ist lobenswert, dass ausnahmsweise kein externer Berater zugezogen wurde. Ich finde, es wäre hier schlauer gewesen, einen externen Berater zuzuziehen, der aus neutraler Sicht etwas dazu sagen könnte. Beginnt man die uns vorgelegte Papiervorlage zu lesen, tönt es eigentlich positiv. Doch auf den hinteren Seiten wird es immer negativer. Ich schliesse mich Eugen an. Wenn ich das Verbale gehört habe, dann ist das überhaupt nicht kongruent mit der Vorlage. Mir ist es egal, wer im Gemeinderat dafür oder dagegen war. Der Gemeinderat ist für mich eine Einheit, eine Mannschaft. Entweder wird eine Vorlage präsentiert und unterstützt oder sie wird abgelehnt. Wichtig ist, dass der Gemeinderat hinter der Vorlage steht, so wie er es in der Vorlage beantragt.

Josef Sieber: Sicher kann ein Berater beigezogen werden. Das kostet sicher viel Geld. Doch ich kann Euch jetzt schon das Resultat sagen. Es kommt das heraus, was in der Vorlage steht. Die einen Gemeinden haben diese Lösung, die anderen Gemeinden die andere Lösung. Es sind alle Gemeinden, es sind überall Bürger, es hat überall Gemeinderäte. Wofür brauchen wir Berater? Am Schluss verteilt der Berater Punkte und wird etwas empfehlen. Schlussendlich kommt das gar nicht so drauf an. Wir sind eine mittelgrosse Gemeinde. Vergleichen wir uns mit anderen Gemeinden gleicher Grössenordnung, stellen wir fest, niemand hat ein 100%-Gemeindeammann. Das ist ein Luxus, den wir uns bis jetzt geleistet haben. Ziel muss sein, das Geschäftsleitungsmodell einzuführen. Es ist Nebensache, ob wir, dass vor den nächsten Wahlen schaffen oder nicht.

Christian Bossard: Vorhin wurde ein Rückweisungsantrag gestellt. Die Vorlage ist aus unserer Sicht nicht wirklich gut. Einige von Ihnen bezeichnen diese sogar als schlecht. Bei einem Rückweisungsantrag gibt man die Vorlage retour an den Gemeinderat. Diese wird dann nochmals bearbeitet. Ich verstehe nicht, warum wir vorhin den Rückweisungsantrag abgelehnt haben. Ein Berater holt die Meinungen von internen und externen Personen ein, ich weiss das, weil ich selber einige Jahre als Berater tätig war. Ein guter Berater sammelt all die Informationen und bringt alles zu Papier. Nachher hat man tatsächlich eine Vorlage, welche von allen gestützt wird. Ein Berater wird nicht einfach seine Theorien zu Papier bringen, sondern er führt das gesammelte und gebündelte Know-how von einer Gemeindeverwaltung und vom Gemeinderat zusammen.

Erich Schmid: Es sind viele Voten gefallen. Marion hat Gewaltentrennung erwähnt. Ich weiss nicht, was das mit Gewaltentrennung zu tun hat, wenn die Verwaltung gestärkt wird. Der Gemeinderat steht immer noch der Verwaltung vor. Es ist schwieriger eine Person mit einem 60 %

Pensum für ein Gemeindeammann-Amt zu finden als mit einem 100 %-Pensum. Es unterliegt schlussendlich dem Zufall, wer sich für dieses Amt zur Verfügung stellt. Ich kann mir vorstellen, dass eine gute Person mit einem 60 %-Pensum gefunden werden kann. Es kann auch Personen geben, die sagen, dass nur ein Pensum von 100 % in Frage käme. Turgi hat einen Gemeindeammann im Alter von 35. Dieser führt neben seiner Ammann-Tätigkeit noch eine Unternehmung. Im Kanton Aargau haben wir über 200 Gemeinden. Ich glaube nicht alle Gemeinden haben ein 100 %-Pensum beim Gemeindeammann. Die meisten werden in Teilzeit geführt. Ich will einfach nie etwas zur Pensumsreduktion des Gemeindeammanns hören, wenn es zu einem Systemwechsel zum Beispiel in drei Jahren kommt. Vielleicht haben wir dann einen Gemeindeammann oder Gemeindeammännin, 50 Jahre alt. Dieser Person müsste dann das Pensum gekürzt werden. Wir haben die persönliche Meinung von Dieter gehört. Bei ihm ist es so, dass er im nächsten Jahr ins offizielle Pensionsalter kommt. Es gibt keinen besseren Moment wie ein Amtsperiodenende und eine Reduktion des Gemeindeammannpensums als jetzt. Das gibt es in den nächsten 20 Jahren nicht mehr. Vielleicht gibt es in 4 Jahren, vielleicht ist dann Linus Gemeindeammann in 4 Jahren. Die Konstellation mit einem Gemeindeammann, der in Kürze 65 Jahre alt wird, und einer Kürzung des Pensums, erhalten wir nicht so schnell wieder. Das muss man sich ganz klar bewusst sein. Ich möchte dann die linke Seite hören, wenn dann in drei Jahren einem 56-jährigen mitgeteilt wird, das Pensum wird auf 60 % gekürzt. Wie soll eine solche Person dann mit den 60 % haushalten können? Das möchte ich dann von Euch hören. Dieter Du hast gesagt, dass Deine Voten als neutraler Gemeindeamman formuliert sind. Das war aus meiner Sicht sehr persönlich. Du hast versucht 80 % zu vertreten, oder 50 % bis 20 % zu reduzieren. Ich nehme an, das ist Dein Wunsch. Ich weiss es nicht. Die FDP sagt, es stehe viel Operatives drin. Im Rechenschaftsbericht haben wir gesehen, es werden zwischen 800 und 900 Geschäfte pro Jahr behandelt. Der Gemeinderat fällt zwischen 800 und 900 strategische Entscheide pro Jahr. Zum Hinweis Personal und kritische Haltung. Ich arbeite seit 13 Jahren bei der Axpo. Ich habe in dieser Zeit etwa 8 Umstrukturierungen miterlebt. Die Mitarbeiter inkl. mir selber haben gefragt, was da oben wieder umgesetzt wird? Ich versichere Euch, das Personal war nicht jedes Mal erfreut darüber. Ich übrigens auch nicht. Klar, Axpo mit 4500 Mitarbeitern ist ein anderer Betrieb als ein Betrieb mit 50 bis 60-Mann. Im Normalfall ist das Personal wegen Unsicherheiten über Änderungen nicht begeistert. Was bedeutet diese Änderung für mich oder für meine Abteilung oder für mein Ressort? Jedes Personal, das umstrukturiert wird, ist zuerst skeptisch. Peter Marten hat gesagt, die Vorlage sei schlecht und könnte besser gestaltet werden. Das ist so. Der Variantenvergleich fehlt. Wir hatten einige Realisierungskredite. Als Ingenieur denke ich in SIA-Phase mit Vorstudie, Vorprojekt mit Variantenstudium, es folgt dann ein Vollprojekt und dann der Kreditantrag. Die Ausschreibung folgt und dann die Realisierung. Wieviel Realisierungsanträge hatten wir, als wir das Variantenstudium gesehen haben? In drei Wochen wird über Abwassermodernisierung entscheiden. Wer von Euch studiert das Variantenstudium? Ich habe alle Varianten bei mir zu Hause und diese stehen gerne zum Aktenstudium zur Verfügung. Dies als Hinweis zum Variantenstudium. Peter wegen den Prozents. Es ist so, wir haben plus 10 % Personal. Ich habe das in meiner Stellungnahme gesagt. Ich denke minus 40% vom Bestverdienenden in der Gemeinde gegenüber plus 50 % von weniger verdienender Person in der Gemeinde verursacht keine Mehrkosten. Ich habe es nicht gerechnet. Peter, Du hast gesagt, dass die Vor- und Nachteile der Geschäftsleitung durch die zukünftige Geschäftsleitung verfasst wurde. Das ist möglich. Doch der Gemeinderat legt die Vorlage vor. Ich gehe davon aus, dass die Vorlage vom Gemeinderat kommt und nicht von der Geschäftsleitung. Die Vorlage ist nicht super, doch sie macht Sinn. Der Zeitaspekt ist ein Punkt. Man kann mir vorwerfen, ich hätte das Postulat im April 2015 einreichen sollen, so hätten wir mehr Zeit gehabt. Dass wir nun in einem so engen Zeitplan stehen, das muss der Gemeinderat verantworten und nicht wir als Einwohnerrat. Wird das Geschäft zurückgewiesen oder abgelehnt, dann habe ich kein Problem damit. Wir werden im nächsten Jahr keine Geschäftsleitung und dann weiterhin einen Gemeinderat haben, der operativ viel machen muss. Wir werden weiterhin einen 100 %-Gemeindeammann haben. Es ist ganz klar, wenn etwas verändert werden soll, dann wäre trotz Zeitdruck jetzt eine gute Gelegenheit mit einem kurz vor der Pension stehenden Gemeindeammann. Wir können in drei Jahren mit einem besseren Modell nochmals darüber diskutieren und hoffen, einen Gemeindeammann mit 50 oder 60 % zu finden.

Theo Flückiger: Jetzt wird über Pensen diskutiert. Schlussendlich heisst es, der Gemeindeammann hat zu viel Pensum, er könne die Aufgabe auch mit einem kleineren Pensum erledigen. Doch wir haben die Pensen nur verlagert und anders verteilt. Was in der Vorlage steht, hat mit dem Pensum nicht viel zu tun, es ist einfach eine Aufgabenverteilung, die anders geregelt ist. Ich persönlich bin der Meinung, wir brauchen für das Wohl der Gemeinde einen starken Gemeinderat. Das hat oberste Priorität. Wir haben heute schon gehört, Stichwort Martinsbergtunnel. Wir brauchen eine Persönlichkeit, die sich hinstellt und unsere Interessen gut vertritt. Sie soll über die Gemeindegrenze hinaus Ausstrahlung haben und für unsere Gemeinde kämpfen, nicht nur für das Wohl in der Gemeinde, sondern über die Gemeindegrenzen hinaus. Es ist ganz entscheidend gute Führungspersonen zu haben. Das betrifft den Gemeindeammann und den Gemeinderat. Persönlich bin ich der Meinung, es sollte viel grossräumiger diskutiert werden. Welchen Gemeinderat wollen wir? Wie soll der Gemeinderat aufgebaut sein? Wir haben heute Gemeinderäte, die theoretisch 30 bis 35 % angestellt sind, je nachdem sogar bis zu 60 % arbeiten. Ist es möglich, Leute zu finden, welche eine Führungsposition in der Wirtschaft innehaben, wie das eigentlich im Anforderungsprofil umschrieben ist? Das ist nicht machbar. Man kann nicht ein solches Pensum abdecken und dann in der Wirtschaft in einer Führungsposition tätig sein. Das sieht man auch, wenn man Leute sucht. Es sind Zweitverdiener, es sind Pensionierte, es sind nicht die Leute aus der Wirtschaft mit einem Anforderungsprofil, das man gerne hätte. Ich möchte den Gemeinderat nicht angreifen und sagen, sie machen keine gute Arbeit. Wir haben heute bei den Gemeinderäten eine sehr hohe Belastung. Dort könnte man darüber diskutieren, brauchen wir mehr Gemeinderäte aber dafür kleinere Pensen? Dies wäre dann nebenberuflich machbar. Tendenziell werden solche Aufgaben von Zweitverdienern übernommen, welche nicht auf ein Einkommen angewiesen sind. Es braucht ein Gemeindeammann mit wirklich starker Persönlichkeit. Das denke ich ist mit einem 60 %-Pensum schwieriger eine solche Person zu finden. Wir haben eine neue Gemeinderätin gesucht. Es ist mit den heutigen Rahmenbedingungen wirklich nicht einfach. Wir sollten beginnen viel grossräumiger zu diskutieren und definieren, welchen Gemeinderat wir wollen und wie soll der Gemeinderat aufgebaut sein? Wir können das Thema gerne im nächsten Jahr diskutieren, wenn es nicht um Wahlen geht. Ich habe das Gefühl, heute geht es um Wahlen. Wir sollten das Thema um ein Jahr vertagen, wenn keine Wahlen anstehen.

Erich Schmid: Ich will eine Antwort geben Theo. Es hat nichts mit Personen zu tun. Wir machen keinen Systemwechsel wegen Personen. Wir machen ein System und besetzen dieses System mit Personen und nicht umgekehrt. Es hat nichts mit der Wahl im Herbst zu tun. Die Amtsperiode ist fertig und wir haben einen Gemeindeammann mit idealem Alter für einen solchen Wechsel. Wir brauchen einen starken Mann oder eine starke Frau, eine starke Besetzung der Position.

Christian Bossard: Es ist keine gute Vorlage, eigentlich möchte man länger darüber diskutieren. Es gibt ja viel Diskussionsstoff. Doch wir müssen über den Antrag der FDP entscheiden, das heisst, dass der Bericht zur Kenntnis genommen und abgeschrieben wird. Oder wir nehmen die Vorlage an mit Punkt b) und c). Wir können einen weiteren Antrag stellen und das Geschäft vertagen. Ist das überhaupt möglich? Oder müssen wir das Geschäft zu Ende diskutieren?

Eugen Paul Franz: Wir haben gesagt, wir sollen das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen und die Vorlage überarbeiten. Angenommen der Gemeinderat wird in der gleichen Besetzung wiedergewählt. Welche Vorlagen haben wir dann in zwei Jahren? Der Gemeinderat ist sich ja nicht einig und auch der Einwohnerrat ist sich nicht einig. Wie sieht das in zwei Jahren aus?

Peter Marten: Es ist ja wahrscheinlich, dass sich der Gemeinderat personell verändern wird. Gewisse Rücktritte sind ja bereits bekannt. Wäre ich jetzt ein Gemeinderat und hätte dem Einwohnerrat zugehört, dann müsste die ganze Sache grossräumiger betreffend Pensen des Gemeinderates diskutiert werden. Es müsste der Variantenvergleich gemacht werden. Ihr wisst, ich bin kein Unterstützer vom Beizug von externen Beratern. Doch ich frage mich hier schon, warum gerade zu diesem absolut zentralen Geschäft keine externe Beratung beigezogen

wurde? Obwohl dies bei anderen Themen wie zum Beispiel bei Reinigungsstandards bei WC-Anlagen schon mehrfach gemacht wurde? Dafür bin ich gerne bereit, CHF 20'000 zu bezahlen. Eine Rückweisung bedingt eine gewisse Aufnahmefähigkeit des Gemeinderates. Das sollte so denke ich aufgrund der geführten Diskussionen kein Problem darstellen.

Patrick Hehli: Ich stelle einen Ordnungsantrag, dass wir nun hier unterbrechen, eine Pause machen, damit die Fraktionen Zeit haben, ihre ursprüngliche Fraktionsmeinung zu überdenken. Ich spüre Verunsicherungen im Rat. Ich bin für eine Reduktion des Pensums des Gemeindegammes, doch in welcher Art und Weise resp. mit welchem Modell, da bin ich mittlerweile nicht mehr so sicher. Schiebt man die Vorlage zurück, passiert nichts mehr. In drei oder vier Jahren ist man wieder gleich weit. Wir kennen ja die Zusammensetzung des Einwohnerrates nicht. Wird heute entschieden, ist es vielleicht nicht die glücklichste Entscheidung. Diese könnte aber geändert werden. Darum der Ordnungsantrag für eine Pause zur Beratung.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag der SVP-Fraktion bezüglich einer Pause für eine Beratung in den Fraktionen wird einstimmig angenommen.

Ursula Haag: Ich hoffe, Ihr konntet Euch in der Pause aussprechen und eine Meinung finden. Gibt es neue Erkenntnisse?

Patrick Hehli: Die SVP stellt den Antrag auf Rückweisung mit dem Auftrag, dass das Geschäft mit den Anregungen der FDP (Variantenvergleich) noch in dieser Legislatur, spätestens im Dezember 2017, nochmals vorlegt wird, damit der jetzige Einwohnerrat darüber entscheiden kann. Der Fokus dieser Vorlage soll gemäss Postulat sein, variantenreicher, aber auch, dass die Möglichkeit besteht, je nachdem wie der Entscheid im Rat ausfällt, dass auf Legislatur-Ende 2018/21 resp. bei allfälligen Neuwahlen der Entscheid der neuen Vorlage in Kraft tritt. So hätten wir Gewähr, dass nichts versandet und dass wieder bei null begonnen werden muss.

Ursula Haag: Ich muss Dich enttäuschen. Gemeindegammschreiber Toni Meier weist daraufhin, dass Rückweisungen nicht mit Auflagen erfolgen können. Es handelt sich um Hinweise. Das heisst aber nicht, dass gewährleistet ist, dass das Geschäft im Dezember vorgelegt wird.

Patrick Hehli: Wir stellen den Antrag auf Rückweisen. Die Formulierung betr. Termin Vorlage bis Ende Legislaturperiode ist gestrichen. Ich bitte und wünsche mir, dass der Gemeinderat die Anregungen des Einwohnerrates berücksichtigt.

Christoph Villiger: Wir stellen einen Rückweisungsantrag, nochmals formuliert nach all den Voten: Das Geschäft ist an den Gemeinderat zurückzuweisen. Die neue Vorlage soll folgende Punkte beinhalten: Ziel der Reorganisation, Vergleich der verschiedenen Varianten (4), Abklärungen, warum 8 von 10 Luzerner Gemeinden nicht das Geschäftsleitungsmodell gewählt haben, ein Betrag von maximal CHF 20'000 kann für die Beratung durch einen externen Berater eingesetzt werden, die Pensen und Aufgaben des Gemeinderates und der einzelnen Gemeinderäte soll analysiert werden (Aufstockung Anzahl Gemeinderäte möglich), Änderungen der individuellen Pensen, die Einsetzung einer Arbeitsgruppe ist zu prüfen, Vorlage des Geschäftes zwingend vor Ende 2017.

Ursula Haag: Patrick, dann könntet Ihr Euren Antrag zurückziehen?

Urs Müller: Wir haben über einen Rückweisungsantrag abgestimmt. Jetzt kann doch kein neuer Rückweisungsantrag gestellt werden? Ich bin damit einverstanden, dass wir wegen zu wenig Grundlagen über das Geschäft nicht entscheiden können. Aber ich bin dafür, dass wir wie Patrick Hehli sagte, einen Wunsch formulieren können, dass bis Ende Jahr 2017 oder an

der ersten Sitzung 2018, das Geschäft nochmals vorgelegt wird. Uns wurde schon einmal vorgeworfen, weil wir an einer Motion einmal etwas vor der Sitzung geändert haben, dass das nicht gehe. Jetzt kann man in der Vorlage doch auch nicht einfach Sachen abändern? Ich sehe nur die Lösung, dass wir jetzt ablehnen mit dem Wunsch, die Vorlage im Dezember 2017 oder anfangs nächsten Jahres nochmals vorzulegen.

Erich Schmid: Man kann den Wunsch wegen dem Monat Dezember verschärfen, indem wir eine dringende Motion einreichen. Diese muss an der nächsten Einwohnerratssitzung in drei Wochen behandelt werden. Beschliesst der Rat Dringlichkeit, dann wird sie direkt überwiesen und ist innerhalb eines halben Jahres zur beantworten. Dann haben wir im Dezember die überarbeitete, ausgereifte Vorlage mit Variantenvergleich. Ich sage, wir stimmen der Rückweisung zu. Ich schaue mit Patrick oder Eugen, wer die dringende Motion einreicht. Dann wird diese nächste Woche eingereicht und wird für den 22. Juni 2017 traktandiert. Dann hoffe ich, dass alle zustimmen, dass die Motion dringlich ist. So kommt die Vorlage im Dezember vor den Einwohnerrat. Ist das so richtig Toni?

Ursula Haag: Trotz des Rückweisungsantrages, der vorhin abgelehnt wurde, ist es möglich, dass ein erneuter Rückweisungsantrag gestellt wird nach den geführten Diskussionen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion zu den Geschäften 2016/24 und 2017/13 wird einstimmig genehmigt.

- | | | |
|---|---------|---|
| 6 | 2017.09 | Techn. Zentrum Gässliacker; Neubau einer Lagerhalle inkl. Aussenwaschplatz; Verpflichtungskredit von CHF 1'240'000, z. L. Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung |
| | 2017.12 | Neubau Entsorgungsplatz im Areal Techn. Zentrum; Verpflichtungskredit von CHF 490'000, z. L. Eigenwirtschaftsbetrieb Abfallbeseitigung |

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Vizeammann: Sie haben aus den Unterlagen entnehmen können, dass wir im Technischen Zentrum für die Wasserversorgung eine Lagerhalle benötigen. Veranlassung dazu ist das Lagern der Leitungsbaumaterialien im Freien. UV-Strahlung, Regen und Frost setzen dem Material zu. Die Folgen sind Korrosion und vorzeitige Alterung. Dieses Material muss zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung stehen, um bei Leitungsbrüchen sofort agieren zu können. Zudem wurde die Lebensmittelverordnung verschärft. Das Wasser untersteht dem Lebensmittelgesetz. Im Moment haben wir das Problem, dass sich in den notdürftig abgedeckten gelagerten Rohren für die Wasserversorgung Tiere, Kadaver befinden. Dies führt zu Hygieneprobleme, denn bevor solche Leitungen verlegt werden, muss zuerst geprüft werden, wie verschmutzt die Rohre waren. Beim Baudienst zeigt sich ein gleiches Problem. Baumaterialien lagern im Freien. Die SUVA hat im Technischen Zentrum vor einigen Jahren die Statik des Galeriebodens geprüft. Es zeigte sich, dass auf dem Galerieboden zu viel Material gelagert wurde. Es musste alles abgeräumt werden. Da im Technischen Zentrum keine weitere Lagerkapazität vorhanden war, wurde das Material draussen deponiert. Sie kennen die örtlichen Verhältnisse, wenn Sie an einem Dienstagabend oder Samstag Alteisen oder ähnliches entsorgen. Wir möchten den Entsorgungsplatz modernisieren wie es bereits beim Gemeindehaus, Markthof und auch in Kirchdorf erfolgte. Die Mulden sollen aus dem Bereich herausgenommen werden um immer zugänglich zu sein. Für das Personal des Familiengartenvereins, welche für uns die Aufsicht am Dienstagabend und Samstag übernimmt, besteht kaum ein Witterungsschutz. Es steht lediglich ein kleiner Busunterstand zur Verfügung, welcher etwas Schutz bei Regen bietet. Bereits mit dem Umbau des Technischen Zentrums in den 1990er

Jahren war die Erstellung einer Lagerhalle vorgesehen. Aus Kostengründen, die Kosten wurden damals bereits mit CHF 1 Mio. veranschlagt, wurde damals jedoch darauf verzichtet, auch weil man damals die Bedürfnisse für den Nutzen der Lagerhalle noch nicht so kannte. Damals waren die Lebensmittelverordnungen noch nicht so streng wie heute. Wie bereits am Anfang ausgeführt weise ich nochmals auf die Gesetzesänderung bezüglich Lebensmittelhygiene hin. Die Rohrleitungen müssten eigentlich in einem geschlossenen Raum aufbewahrt werden. Es zeigt sich nun, dass sich Synergien mit der EGS ergeben. Die Elektrizitäts-Genossenschaft Siggenthal EGS erstellt auf dem Nachbargrundstück ein neues Werkhofgebäude mit einer separaten Lagerhalle. Für die Arealerschliessung mit grossen Lastwagen ist die EGS auf eine Durchfahrt über das Grundstück der Gemeinde angewiesen. Ich zeige Ihnen das später an einer Folie. Die EGS hat am 17. Mai 2017 an der Generalversammlung das Bauvorhaben mit einem Kredit von CHF 5.4 Mio. bewilligt. (Es wird anhand verschiedener Folien die Situation EGS aufgezeigt). Aufgrund von Hinweisen der Gemeinde plant die EGS eine Tiefgarage. Wir wünschten, dass nicht alle Autos oberhalb parkiert werden. Das jetzt bestehende Gebäude wird mit einem Werkhofgebäude erweitert. Das Verwaltungsgebäude wird umgebaut und es wird eine neue Lagerhalle erstellt. Sie sehen die vorhin angesprochene geplante Lastwagenzufahrt, welche über unser Areal erfolgen wird. Die Ausfahrt erfolgt über das Areal der EGS. Auf dieser Folie sehen Sie unser Projekt. Die neue Lagerhalle ist neben der Lagerhalle der EGS geplant. Gelb markiert sehen Sie die Gestaltung des neuen Entsorgungsplatzes mit Unterflur-Sammel-Containern und gedeckter Halle für Sammelmulden, ohne Zutritt auf das restliche Areal des Technischen Zentrums. Es ist auch ein neuer geschützter Waschplatz geplant. Im Moment haben wir das Problem, dass der Baudienst seine Fahrzeuge im Winter auf dem offenen Platz abspritzen muss. Dies birgt aber die Gefahr, dass sich Glatteis bildet. Es muss Salz gestreut werden, damit niemand auf dem Eis ausrutscht. Weiterhin besteht die Arealerschliessung wie bisher. (Auf verschiedenen Folien wird die Visualisierung des Projekts präsentiert). Im Vorfeld der heutigen Einwohnerratssitzung wurde das Thema Papiersammlung angesprochen. Die Papiersammlungscontainer werden am Entsorgungsplatz deponiert. Es ist gewährleistet, dass die Papiersammlung stattfinden kann, auch mit einem neugestalteten Entsorgungsplatz. Die Kostenübersicht zeigt sich wie folgt: CHF 1.24 Mio. für die Wasserversorgung. Der Baudienst wird sich in die Lagerhalle einmieten. CHF 490'000 für den Entsorgungsplatz. Total betragen die Kosten CHF 1.73 Mio. Die Investitionen der Wasserversorgung sowie der Entsorgungsplatz werden über Gebührengelder finanziert. Ein Vorteil ist, dass die Mehrwertsteuer bei der Wasserversorgung wie auch bei der Abfallbeseitigung rückerstattet. Im Idealfall ist der Realisierungstermin Baubeginn 2018. Es ist wichtig, dass wir das Bauprojekt gleichzeitig mit der EGS realisieren können, um Synergien nutzen zu können. In der Zeitung konnten Sie einen Artikel der FDP lesen betr. Verschuldungsentwicklung der Wasserversorgung. Was bedeutet das, wenn diese Lagerhalle erstellt wird. Im Moment haben wir ein Plus von CHF 1.8 Mio. in der Kasse. Die Wasserversorgung weiss, dass sie ihre Projekte realisieren muss. Es besteht bei der Wasserversorgung die Generelle Wasserplanung 2037. In einer ersten Realisierungsphase von 2017 bis 2021 müssen in der Wasserversorgung CHF 6 Mio. investiert werden. Darin sind CHF 3 Mio. Leitungsbau enthalten wie auch das Pumpwerk Aesch, welches im Moment revidiert wird. Verschiedene Punkte bei der Steuerung müssen modernisiert werden. Die Quelle Tromsberg, welche im September als Geschäft traktandiert wird. Wir haben verschiedene Investitionen, welche getätigt werden müssen und im Projekt ausgearbeitet sind. Die Verschuldung wird steigen. Die bisherigen Gebührengelder wurden nicht darauf ausgelegt. Voraussichtlich im Jahr 2021 wird der Preis von CHF 2 auf CHF 2.30 erhöht werden müssen. Für die Erhöhung ist nicht der Lagerhallenbau der Grund, sondern die Generelle Gewässerplanung, welche verlangt schlussendlich bis im Jahr 2037 CHF 14 Mio. in der Wasserversorgung zu investieren. Ich hoffe, dass Sie wohlwollend hinter dieser Lagerhalle stehen können. Die Wasserversorgung bezahlt im Moment CHF 24'000 Miete im Technischen Zentrum. Wir haben das auf den m²-Preis heruntergerechnet. Die Lagerhalle ist nicht geheizt, ohne Infrastruktur. Die Mietkosten für den Baudienst werden sich auf CHF 4'000 pro Jahr belaufen, um die Materialien lagern zu können.

Eugen Paul Frunz: An der Fraktionssitzung der SVP wurde die Vorlage für einen Verpflichtungskredit zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung sowie Entsorgungsplatz beim Tech-

nischen Zentrum beraten. Die aktuelle Lagerung der Materialien der Wasserversorgung erachten wir ebenfalls als ungünstig, weil das Material der Witterung mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert ist. Dass dieser Umstand mit der Stahlhalle behoben werden kann sehen wir ein. Dass Synergien mit der EGS genutzt werden sollen, erachten wir als positiv. Betrachten wir die Ausführung der Halle mit 7 Rolltoren, stellen wir uns die Frage, wo liegt der Grundsatz das Notwendige und Wünschenswerte zu trennen? Uns ist klar, dass der Verzicht auf zwei oder drei Rolltore den Bau nicht wesentlich günstiger macht. Es stellt sich die Frage, warum baut man eine Halle, wenn das Material nachher nur an der Rückseite gelagert wird. Würde es dann nicht ausreichen, nur eine auf drei Seiten geschlossene Halle zu erstellen? Die Halle wird mit Gebührengelder der Wasserversorgung bezahlt. Für mich als Bürger macht es unter dem Strich keinen Unterschied, ob ich Gebühren oder Steuern zahle. Ich bin das Geld sowieso los. Aus diesem Grunde soll mit den Gebührengeldern genauso sorgfältig umgegangen werden wie ich es auch bei den Steuergeldern erwarte. Der Baudienst muss sich in der neuen Halle einmieten um zusätzlichen Lagerplatz zu erhalten. In der Vorlage wurde nicht erwähnt, wie hoch die Miete für den Baudienst ist. Ich persönlich finde CHF 4'000 pro Jahr günstig. Ich würde mich sonst gerne ebenfalls für eine Platzmiete melden. Ausserdem ist nicht erwähnt, wem die Aussenflächen gehören wie Waschplatz. Wer muss für die Nutzung des Waschplatzes zahlen? Trotzdem werden wir den Antrag unterstützen. Wir erwarten aber, dass das Projekt eng begleitet wird und womöglich und sinnvoll Einsparungen gemacht und gesucht werden. Beim Entsorgungsplatz sehen wir die Sache etwas differenzierter. In der Vorlage wird Bezug genommen auf die Analyse bzw. das Konzept der Zürcher und Partner. Ich persönlich finde die Analyse gelungen. Es werden diverse Punkte aufgeführt, welche verbessert werden sollen. Der einzige Punkt aus dieser Analyse, welche uns vorgelegt wurde, ist, dass die vorhandene Landreserve mit einer neuen Sammelstelle bebaut wird. Folgende Punkte wurden gemäss Vorlage nicht beachtet: Anzahl der gesammelten Stoffe. Es ist gemäss Papier auch in Zukunft nicht möglich Papier, Karton sowie Batterien abzugeben. Das ist aber ein effektives Bedürfnis der Bürger. Glauben Sie mir, ich weiss wovon ich spreche. Eine Prüfung über Betreuung bzw. Betrieb durch ein externes Unternehmen hat unseres Wissens nicht stattgefunden. Wir möchten gerne aufgezeigt haben, was eine Fremdbetreuung bzw. ein Betrieb durch ein externes Unternehmen kostet und welche Einsparmöglichkeiten gemacht werden können. An der Verkehrssituation wurde nichts verbessert. Neu erfolgt zusätzlich die Anlieferung an die EGS über die gleiche Zufahrt wie Baudienst, Wasserversorgung, Feuerwehr und Entsorgung. Das ist ein Punkt, welcher in der Analyse bemängelt wurde. Der Punkt, dass der Entsorger ungehindert Zugang zum Material des Baudienstes und der Wasserversorgung hat, trifft für mich beim Bau der neuen Halle nicht mehr zu. Reicht der Platz für das ganze Material in der neuen Halle immer noch nicht aus, dann müssen wir bei der Halle nochmals über die Bücher. Die Begründung, dass in der ungedeckten Mulde Wasser transportiert wird, ist für mich fadenscheinig. Es ergeben sich dadurch keine Mehrkosten für die Gemeinde. Der Transport einer solchen Mulde ist immer gleich teuer. Die Entsorgung wird in der Regel nach Volumen abgerechnet. Aufgrund der dargelegten Argumente sind wir der Ansicht, dass das vorliegende Projekt nicht zu Ende durchdacht wurde und dem Gebührengelder keinen ersichtlichen Nutzen bringt. Wir sind hier wieder bei den Gebührengeldern, welche sinnvoll eingesetzt werden sollen. Es gäbe andere Varianten, wie die Gebührengelder bei der Abfallentsorgung eingesetzt werden können. Es gibt Gemeinden, welche alle zwei Jahre Entsorgungstage durchführen, an welchen der Bürger eine beschränkte Menge Sperrgut gratis entsorgen kann. Wir stellen daher ein Antrag auf Rückweisung des Antrages b. Der Verpflichtungskredit von CHF 490'000 brutto, inkl. MwSt., zu Lasten Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung sei zurückzuweisen.

Franziska Grab, Vizeammann: Werden bei der Halle keine Rolltore montiert, müssen trotzdem Blechtore montiert werden. Der Kostenunterschied ist minim. Die Lagerung der Rohre ist nicht nur hinten. Müssen Rohre geliefert werden, dann fährt der Lastwagen in die Halle und hievt mit dem Kran die Rohre auf die Regale. Es liegen nicht nur Rohre in der Halle. Wird die Halle später zum Beispiel für Fahrzeuge genutzt, dann muss die Halle schliessbar sein. Hinten ist ein Galerieboden für Material geplant.

Jacqueline Magni: Die EVP befürwortet den Neubau der Lagerhalle genauso wie der Neubau des Entsorgungsplatzes im Technischen Zentrum. Wir sind der gleichen Meinung, dass

heute ein grosses Bedürfnis besteht, dass alle Abfälle an einem Ort entsorgen werden können. Darum hätten wir es begrüsst, auch Papier und Karton gleichzeitig zu entsorgen. PET oder weitere Abfälle wie Plastik sind ein Thema, auch wenn wir uns der Problematik der Verbrennung des Materials sehr bewusst sind. Was nicht ist, kann ja noch werden. Wir werden dazu nachher einen Antrag stellen.

Robert Wyss: Die Fraktion von CVP/BDP diskutierte vor allem die Kosten. Die Halle selber ist nicht in Frage gestellt. Die Gesetzgebung betreffend Hygienevorschriften ist klar. Es ist sinnvoll, Synergien mit dem Bauvorhaben der EGS zu nutzen. Der Baudienst erhält mehr Lagerplatz. Es kann sein, dass das Strübelihuus früher oder später geräumt werden muss. So denke ich, ist man froh noch Reserven zu haben. Die Fraktion unterstützt Antrag a) einstimmig.

Volkmar Hauelsen: Ich kann Ihnen keine einheitliche Meinung der CVP/BDP-Fraktion zum Antrag b) bieten. Wir hatten Meinungen von klarer Zusage bis klarer Absage. Sehr viele meiner Kolleginnen und Kollegen haben aufgrund der Diskussionen noch keine feste Meinung. Diese müssten sie bis heute bilden. Ich gebe Ihnen einen kurzen Überblick. Er deckt sich mit dem bereits gesagten. Zwei Punkte haben uns an dem Antrag nicht gefallen. Das eine war unsere Diskussion zum Entsorgungsplatz, wie sieht das aus. Wir hätten uns gewünscht, dass das über das Internet für jeden abrufbar gewesen wäre. Was sind die Anforderungen an den Entsorgungsplatz, die mit der heutigen Lösung nicht mehr erfüllt sind? In der Vorlage steht nichts zu diesen Anforderungen. Der Umbau der Container, die wir in der Gemeinde bereits haben, hat allgemeine Zustimmung gefunden. Eine Lösung für die Entsorgung von Karton sollte aber geschaffen werden und damit nicht mehr so viele Obersiggenthaler nach Untersiggenthal den Karton transportieren müssen. Für den Bürger ändert sich gar nichts. Die Betreuungszeiten sind die gleichen. Es kann mit dem Auto hinfahren, die Sachen abladen und wieder wegfahren. Dafür braucht man nicht die teure Lösung. Mit der zusätzlichen Überdeckung mit Asphalt ändert sich überhaupt nichts. Den Franken haben wir auch diskutiert und er kommt immer aus dem gleichen Portemonnaie, egal wie budgetiert.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat das Geschäft geprüft. Die Lagerhalle ist unbestritten. Nutzung von Synergien sehen wir auch so. Beim Entsorgungsplatz zwei Hinweise. Es besteht eine Studie, welche sagt, man soll Karton, Altpapier und Batterien entsorgen können. Ausgerechnet diese Sachen können beim vorliegenden Projekt nicht entsorgt werden. Das erstaunt uns. Wird eine Neuorganisation geplant, so hätte dies miteinbezogen werden sollen. Es ist sicher romantisch, dass noch Papiersammlungen durchgeführt werden. Die sollen auch nicht zwingend abgeschafft werden. Doch es besteht ein Bedürfnis der Bevölkerung, Papier selber zu entsorgen. Vielleicht ergäbe sich daraus, dass eine Papiersammlung weniger im Jahr durchgeführt würde. Es ist uns eigentlich egal, ob der Karton- und Papiercontainer ober- oder unterirdisch ist. Es gibt sicher Lösungen dazu. In anderen Gemeinden wird dies schon länger umgesetzt. Uns ist ein Detail aufgefallen. Die Parkplätze sind auf zwei Seiten angeordnet. So interpretiere ich, dass man vom neuen Ort immer am Entsorgungsplatz mit dem grössten Publikumsverkehr vorbeifährt. Sie kennen sicher die Situation an einem Samstag. Es sind Kinder vor Ort, es herrscht ein hektischer Betrieb. Fahren dauernd Autos hin und her, so frage ich mich, ob das wirklich zwingend ist, dass dreiviertel der Fahrzeuge genau dort vorbeifahren müssen und ob es nicht eine bessere Lösung gegeben hätte. Ich bin kein Verkehrsplaner und kann das nicht beurteilen. Wir schwanken zwischen Rückweisung oder Unterstützung je nachdem, was Ihr von der EVP betreffend Papier und Karton beantragen wollt.

Daniela Graubner: Wir stellen den Antrag, dass beim neugeplanten Entsorgungsplatz neu Papier, Karton und Plastik entsorgt werden können.

Erich Schmid: Eine Bemerkung zur Vorlage „das Wichtigste in Kürze“. Der letzte Satz stimmt nicht. Die neue Anlage belastet die Einwohnergemeinde. Die Wasserversorgung baut die Lagerhalle, doch die Einwohnergemeinde muss sich einmieten. Franziska hat CHF 4'000 erwähnt. Wenn ich die Investitionsfolgekosten auf Seite 6 betrachte, dann sehe ich da CHF 70'000. Teile ich 50:50 auf Einwohnergemeinde und Wasserversorgung auf, dann komme

ich auf ein Resultat von CHF 35'000. Die CHF 4'000 finde ich tief. Eine Bemerkung zur Begründung. Es ist schwierig, in einem Sachgeschäft über zwei Anträge mit verschiedenen Objekten zu entscheiden. Auf Seite 3 steht: „Die Lage der Sammelstelle im geschlossenen Werkhofareal ist problematisch, weil dort auch Fahrzeuge, Maschinen und Materialien von Baudienst und Wasserversorgung gelagert werden“. Mit dem Bau der Lagerhalle sollte dies nicht mehr der Fall sein. Man kann nicht zwei Projekte mit der gleichen Begründung präsentieren.

Patrick Hehli: Hat man sich Gedanken über die Wilddeponien zum Beispiel von Alteisen vor den Toren gemacht?

Marie-Luise Nussbaumer, Gemeinderätin: Speziell dazu haben wir uns keine Gedanken gemacht. Tatsache ist, dass bei allen Entsorgungsplätzen Wilddeponien bestehen, das ist ein bekanntes Problem. Der Baudienst muss regelmässig alles Mögliche einsammeln. Offensichtlich ist es tatsächlich so, dass Leute alles zum Entsorgen mitnehmen und je nachdem in einem Sack neben der Sammelstelle deponieren. Die Vorlage ist nicht im gleichen Detaillierungsgrad ausgearbeitet wie die Erste. Es lag eine Richtofferte vor mit plus/minus 10 %. Die zweite Vorlage ist eine Kostenschätzung plus 15 %. Wir gehen davon aus, dass wir am Entsorgungskonzept der Gemeinde nicht viel ändern wollen. Wir stellen fest, dass es immer weniger Papier geben wird. Ich weiss nicht, ob sich die heute vorliegenden Zahlen weiterhin so präsentieren. Wir wissen bereits heute, dass es im nächsten Jahr zwei Papiersammlungen weniger geben wird. Tatsache ist, dass wir es immer noch als sinnvoll erachten, das Papier zu Hause einzusammeln und abzuholen. Das wird mindestens von den Sportvereinen gerne gemacht. Nach wie vor erachten wir es als nicht gewichtig, dass für jeden Bund Papier mit dem Auto herumgefahren wird. Einige Leute möchten gerne jeden Samstag den Keller räumen und möglichst alles bringen. Andere stören sich am Autoverkehr wegen Glasentsorgung. Grundsätzlich finden wir, die Entsorgung vor der Haustüre beizubehalten. Wir denken auch, dass das Papier nicht verbrannt werden sollte, sondern recycelt. Wir sehen das Problem im Rückgang der Menge des Papiers. Viele Zeitungen werden heute online gelesen. Zum Thema Kunststoffsammlung. Wir haben dies bereits diskutiert. Wir tun uns immer noch schwer damit. Vom Bundesamt für Umwelt gibt es immer noch die Weisung, dass Kunststoffsammlungen, ausser PET, nicht sinnvoll sind. Es wird nur ein kleiner Teil recycelt. Die Schätzung sagt unter 50 %. Es wird ein grosser Teil des gesammelten Materials ins Ausland ausgeführt und man weiss nicht, was damit passiert. Es gibt ein Gerücht, welches ich nicht bestätigen kann, dass im Laufe dieses Jahres ein Richtungswechsel beim Bundesamt für Umwelt stattfinden wird. Dies auf Druck von Konsumentinnen und Konsumenten, dass Kunststoff gesammelt werden soll. Gibt es eine Verbandslösung mit Baden Regio oder KVA, dann werden wir uns sicher beteiligen. Aber im Moment sehe ich es nicht als sinnvoll an, mit wenig Shampoo- oder Essigflaschen nach Döttingen zu fahren. Jede Person muss sich das selber überlegen. Mit der Vorlage haben wir einerseits den Vorteil der räumlichen Trennung gesehen und andererseits die Container unter Boden. Die Verkehrssituation sollte verbessert werden. Die Abfallarten wollten wir nicht ausweiten. Batterien können in jedem Geschäft entsorgt werden, zum Teil auch Kunststoff. Es ist immer eine Frage bei der Schaffung neuer Entsorgungsstellen, ob es sinnvoll ist, wenn mit dem Auto hingefahren wird oder mit dem Velo. Das ist eine Grundsatzfrage. Ich höre heute, dass die Vorlage zurückgewiesen wird. Wir werden all die Fragen aufnehmen. Ich nehme an, unser Ziel ist es, mit dem Bau der Lagerhalle in Synergie mit der EGS zu beginnen. Die neue Vorlage müsste deshalb noch dieses Jahr vorgelegt werden.

Daniela Graubner: Wenn ich Glas entsorge, dann muss ich mit dem Auto gehen. Es liegt dann auf der Hand, dass ich den Karton und das Papier auch mitnehme. Plastik kann ich auch noch entsorgen und ich muss nicht noch zum Markthof fahren, um Batterien zu entsorgen. Wir stellen den Antrag: Es ist beim Entsorgungsplatz eine Sammelstelle einzurichten für Papier, Karton, Plastiksammelsäcke und Batterien. Selbstverständlich können weitere Vorschläge hinzugefügt werden.

Eugen Paul Frunz: Hat man geprüft, den Entsorgungsplatz extern zu betreiben? Und wenn nein, warum nicht?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Wir sind der Meinung, wir wollen in gleicher Art weitermachen. Wir sind zum Schluss gekommen, nur zwei Öffnungszeiten wie bisher beizubehalten. Dienstagabend und Samstagmorgen. Wird der Antrag zurückgewiesen, dann wird das bei der Überarbeitung auch miteinbezogen.

Peter Marten: Die Frage, die sich mir stellt bezüglich des Antrags der EVP, ist es im Moment mit dem Kostenvolumen möglich, die Ergänzungen zu machen oder nicht? Wenn nicht, dann müsste man eigentlich, wenn man diese Lösung gemäss Antrag EVP will, dem Rückweisungsantrag zustimmen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich kann das im Moment nicht beantworten. Ich müsste zuerst wissen, wieviel Papier wir haben und ob wir von der Firma, von welcher wir die Container erhalten, einen solchen Container erhalten und auch aufstellen können. Ich nehme an, ein Container mit dieser Grössenordnung kann nicht so lange stehen bleiben.

Patrick Hehli: Ich möchte den Antrag der EVP und unsere Argumente miteinflechten lassen. Dann müsste man den Rückweisungsantrag unterstützen. Das Geschäft müsste neu vorgelegt werden. Erstaunlicherweise spüre ich keine grosse Gegenwehr von Dir, Marie-Louise. Ich habe fast das Gefühl, die bittest förmlich um eine Rückweisung. Der Teil b) des Antrages soll zurückgewiesen werden und bei der Neubearbeitung sollen die Ideen, Anregungen und Vorschläge miteinbezogen werden und auf dem Papier schriftlich beantwortet werden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

- a) Der Verpflichtungskredit von CHF 1'240'000 brutto, inkl. MwSt., zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung für den Neubau einer Lagerhalle inkl. Aussenwaschplatz im Areal des technischen Zentrums Gäsliacker, Nussbaumen, wird bewilligt (Preisstand 2. Quartal 2016).**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

- b) Verpflichtungskredit von CHF 490'000 brutto, inkl. MwSt., zu Lasten Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung. Die SVP stellt den Antrag auf Rückweisungs des Geschäfts 2017/12.**

Der Rückweisungsantrag wird mit 37 Ja- zu 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

7 2017.15 Motion Erich Schmid / Planungskredit für die Überarbeitung des Zonenplans

Eintreten wird nicht bestritten.

—
Erich Schmid: Ich nehme einerseits als Motionär und andererseits als CVP-Fraktionsmitglied Stellung. Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Begründet wird das vor allem mit der erst seit kurzem in Kraft gesetzten aktuellen BNO und damit der Planbeständigkeit. Liest man den Bericht des Gemeinderates, dann hat man das Gefühl, der Gemeinderat hat eine Überarbeitung nicht an die Hand nehmen wollen und entsprechende

Gründe formuliert. Ich habe mir deshalb erlaubt, einige Abklärungen zu treffen. Die Darstellung des Gemeinderates ist richtig. Der kantonale Richtplan liegt immer noch beim Bund und ist noch nicht genehmigt. Eine weitere Bauzone könnte deshalb durch den Kanton gar noch nicht genehmigt werden. Fazit dieser Abklärungen ist, dass eine Anpassung des Zonenplanes kaum Erfolgsaussichten hätte. Wir sind deshalb mit der ablehnenden Haltung des Gemeinderates einverstanden und stimmen dieser auch zu. Zu der Beantwortung selber haben wir aber einige Anmerkungen. Die Abklärungen beim Kanton sind weder in der Vorlage noch in der Aktenaufgabe schriftlich vorhanden. Es ist zu vermuten, dass die Abklärungen nur mündlich getroffen worden sind. Eine schriftliche Klärung wäre aus meiner Sicht angebracht gewesen. Die innere Verdichtung ist beschlossen und auf jeden Fall sinnvoll. Ob das jedoch gute Steuerzahler anzieht, ist fraglich. Zu bemerken ist auch, dass der Planungsfortschritt in den vom Gemeinderat aufgeführten Gebieten dürftig ist. Der Gemeinderat hat diesbezüglich schon mehrfach orientiert. Aktuell ist eigentlich nur der Häfelerhau mit einer Fortschrittsmeldung unterwegs. Auch wenn klar ist, dass die finanzielle Situation der Einzonung nicht gerettet wäre, so hätte doch eine Möglichkeit bestanden, die Situation zu verbessern. Nach wie vor unklar ist, ob der Gemeinderat Massnahmen sieht oder bereits ergriffen hat, um das Problem, insbesondere auf der Einnahmenseite, anzugehen. Für mich unverständlich ist, dass die Planungskommission zu diesem Geschäft nicht einbezogen wurde und Stellung bezogen hat. Ich möchte gerne wissen wieso.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im Jahre 2016 wurde in der Planungskommission diese Motion thematisiert. Die Planungskommission war sich einig, dass die Motion zu kurzfristig nach der Einführung der BNO eingereicht wurde. Diese Fragen müssen mit dem Kanton geklärt werden. Die Besprechung hatte stattgefunden, bevor die Fragen an den Kanton weitergeleitet wurden. Formell richtig gewesen wäre, wenn die Planungskommission nach der Würdigung der Antwort des Kantons zu Händen des Gemeinderates eine Empfehlung bzw. ein Antrag gestellt hätte.

Abstimmung

Die Motion von Erich Schmid, CVP, vom 10. November 2016 betreffend Überarbeitung Zonenplan wird nicht überwiesen.

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

8 2017.03 **Anfrage SVP-Fraktion zum Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums / Beantwortung**

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Die gestellten Fragen haben wir Ihnen im April 2017 schriftlich beantwortet. Ich möchte einige zusätzliche Angaben anbringen. Es geht mir darum Ihnen aufzuzeigen, dass wir nichts verlauert haben, wie ich hie und da gehört habe. Im letzten Herbst sind wir von den Modulbauern genannten Lieferfristen ausgegangen. Es stimmt, dass wir damals vielleicht nicht den maximal möglichen Druck ausgeübt haben, weil wir einerseits dem Wechsel in der Verwaltung und andererseits dem Wechsel des Architekten Rechnung tragen wollten. In unserer Planung haben wir die Nachfrage nach Asylcontainern nicht einberechnet. Ebenfalls haben wir nicht mit einer möglichen Submissionsbeschwerde gerechnet. Man kann nicht sagen, wie lange eine Submissionsbeschwerde dauert. Tatsache ist, dass für die März-Sitzung geschrieben wurde, dass das Provisorium rechtzeitig auf das Schuljahr 2017/18 stehen werde. Doch die Submissionsbeschwerde machte uns einen Strich durch die Rechnung. Der Termin ist definitiv nicht mehr realistisch. Zwischenzeitlich hat die Schule nach Alternativen gesucht. Doch sie war mit allen angedachten Lösungen nicht zufrieden. Entweder weil diese aus Sicht der Schulen nicht taugten oder aus finanziellen Gründen. Es kommt dazu, dass für die Schule ein Bezug von neuen Klassenzimmern nur in Frage

kommt, wenn es auf Schuljahresanfang gemacht werden kann und nicht unter dem Jahr. Das Kindergartenprovisorium auf dem OSOS-Areal wird sicher auf Juli 2018 erstellt. Im Moment sind wir am Abklären, ob ein bestimmtes Occasionsprovisorium zur Verfügung steht bzw. ob es nicht noch eine andere Occasion gibt. Kommt es zu neuen Beschaffungen, dann wollen wir eine Nachberechnung der Kosten erstellen. Aus Sicht der Schule, das betone ich, besteht ein ganz dringender Handlungsbedarf, weil die Situation vor allem am Kindergarten sehr belastend ist. Die Anzahl der Kindergartenkinder wird zwar im Schuljahr 2018/19 wieder etwa gleich sein wie im August 2017/18. Wir sprechen von 190 Kindern im Alter von 5 bis 6 Jahren. Doch eine Unsicherheit mit der Kinderzahl besteht. Sprechen wir von 190 Kindern, so kann sich am Schluss die Zahl zwischen 180 und 200 bewegen. Der Kindergarten hat heute durchschnittlich 21 bis 23 Kinder. Auf den ersten Blick sieht das nicht nach sehr viel aus. Gemäss Schulstatistik beträgt die durchschnittliche Abteilungsgrösse an Kindergärten im Kanton 18.6. In Obersiggenthal haben wir 22.2 Kinder. Auch die Klassengrössen im Kindergarten haben in Obersiggenthal regelmässig zugenommen. Im Jahr 2012 hatten wir 16.8 Kinder, dann 17, im Jahr 2014 19.4, im 2015 20.1, im 2016 22.2. Die Schule macht in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Kinder heute den Kindergarten früher besuchen. Die Klassen sind viel heterogener als früher. Die Kinder können in einem grösseren Kindergarten viel schlechter gefördert werden als bei einer kleineren Klasse. Die Belastung der Burnout-Fällen in den letzten drei Jahren bei Kindergärtnerinnen hat zugenommen. Die Schule möchte den Pavillon auf das nächste Jahr unbedingt aus ihrer pädagogischen Verantwortung heraus gegenüber den Kindern und auch gegenüber der Gesundheit der Lehrpersonen. Dazu kommt noch der Hinweis betreffend Kindergarten Kirchdorf. Dieser steht an einem falschen Ort. Es hatte auch dieses Jahr wieder zahlreiche heftige Reaktionen der Eltern gegeben, welche ihre Kinder von Nussbaumen nach Kirchdorf in den Kindergarten schicken müssen. Wir waren uns dieser Tatsache bewusst und nahmen das bewusst in Kauf. Doch die Reaktionen werden von Jahr zu Jahr massiver. Wir werden den Pavillon auf das nächste Schuljahr aufstellen. Es hat sich nichts am Bedarf geändert. Leider sind wir aus Sicht der Schule ein Jahr später dran. Ich mache keine Schuldzuweisungen.

Patrick Hehli: Danke für die Ausführungen. Es ist nicht die Frage, ob es ein Schul- oder Kindergartenprovisorium gebe oder nicht. Das wurde ausdiskutiert. Im Jahre 2013 haben wir das erste Mal via Metron in Erfahrung bringen können, dass es über kurz oder lang eine Lösung für den Standort Kirchdorf braucht. Die Auflistung der Fakten hat sich im zweiten Bericht Juni 2016 verschärft. Damals ist bereits von Juni bis September nichts passiert. Wir haben damals die Kreditvorlage behandelt. Die SVP hatte damals aufgrund von vielen Undurchsichtigkeiten beantragt, die Vorlage zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine anständige Offerte vorzulegen. Leider wurde unser Antrag nicht unterstützt. An der Dezember-Sitzung wollten wir fragen, wo wir stehen und ob schon entschieden wurde ob Kauf, Leasing etc. Die Antworten damals waren mehr als nur schwammig und haben uns gezeigt, dass man wieder einmal nicht genau weiss, worum es geht. Wir haben per Mail nochmals nachgefragt. Die Antworten haben uns definitiv nicht befriedigt. Wir haben uns dann entschieden, an die Öffentlichkeit zu gelangen. Wir wurden auf die März Sitzung vertröstet. Auf diese Antwort folgte zwei Wochen später die Mitteilung, dass die März Sitzung abgesagt wird. Hätten wir und die Kommissionen nicht noch mehr Druck gemacht, dann hätten wir erst auf die Junisitzung ein Schreiben bekommen. Heute stehen wir am gleichen Ort wie vor einem Jahr. Gewisse Fragen wurden beantwortet. Doch wir fragen uns immer noch, warum wurde dem Einwohnerrat kein klarer Wein eingeschenkt? Heute wird alles auf die Beschwerde abgeschoben. Wir wollen aber nach wie vor wissen, warum hatte man die Öffentlichkeit nicht sofort informiert? Warum wurde vom September bis fast Ende Januar keine Submission durchgeführt? Gibt es jetzt Kauf oder Occasion? Im Übrigen könnten wir von der SVP sofort zwei Stück anbieten. Ein neuer Kindergartenpavillon steht bei der Ferro in Wohlen, weil im Kanton Zürich ein Projekt nicht zustande gekommen ist. Der andere Container steht als Occasion in Staufen. Warum wird hier etwas vertuscht? Zwischen den Zeilen des Briefes an den Einwohnerrat liest man, dass es plötzlich nicht mehr so dringend ist. Ich weiss aus internen Quellen, dass wir die Container brauchen. Wir von der SVP zusammen mit unseren Wählern kommen uns nicht ernst genommen vor. Der Gemeinderat macht was er will. Es kann nicht sein, zuerst an die Öffentlichkeit oder über Kommissionen zu gehen, um Informationen im Einwohnerrat zu erhalten. Doch bis zum Zeitpunkt

der Beschwerde ist nichts gegangen und wurde nicht informiert. Einmal mehr möchte ich sagen, dass das Projekt Schulstandort Kirchdorf von Anfang an unter einem schlechten Stern gestanden ist. Wir kommen an der nächsten Sitzung auf zwei weitere Sachen zurück mit 82%iger Kreditüberschreitungen oder einem Nachtragskredit, welcher nochmals überschritten wurde. Das lässt uns darauf schliessen, dass die Projekte nicht eng begleitet werden. Ich möchte an dieser Stelle als meine persönliche Aussage darauf hinweisen, die Legislatur für uns alle geht bis zum 31. Dezember. Auch wenn eine mögliche Nichtwiederwahl oder Nichtwiederantreten in Frage steht, erhalten wir, der Gemeinderat sowie der Einwohnerrat, eine Entschädigung bis Ende Jahr. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir unseren Wählerauftrag zu erledigen und unseren Job 100%ig zu erledigen. Wir haben ein ungutes Gefühl, wo doch bereits der Einwohnerrat je eine Offerte hat. Hat er eine Offerte gesehen, kann er bereits entnehmen, dass ein Nachtragskredit in Aussicht gestellt wird. Wir kommen daher auf unsere Forderungen von 2016 zurück. Zu oft haben wir in der Vergangenheit erlebt, dass solche Vorlage ausgeüfert sind. Nicht notwendige Bedürfnisse wurden miteingebaut (warum braucht es eine Begrünung auf dem Dach eines Containerprovisoriums). Zurzeit sind wir als Einwohnerrat absolut im Blindflug. Der Zeitpunkt wurde auf Sommer 2018 verschoben. Wir sind jetzt früher daran, als vor einem Jahr. Submissionen sind erfolgt und viele Fakten sind bekannt. Das hat uns zu folgendem Antrag veranlasst: Das Traktandum 2016/28 vom 15. September 2016 Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums auf dem Gelände des Oberstufenzentrums OSOS ist vom Gemeinderat zurückzuziehen und unter Berücksichtigung der bereits getätigten Kosten zu beenden. Bis zur Septembersitzung ist dem Einwohnerrat eine neue Kreditvorlage über einen Verpflichtungskredit für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums auf dem Gelände des Oberstufenzentrums OSOS vorzulegen. Dieser Verpflichtungskredit soll unter den üblichen +/- Prozentabweichungen dem Einwohnerrat genau Aufschluss geben, was für das notwendige Kindergartenprovisorium zu erwarten ist.

Ursula Haag: Patrick, ich kann den Antrag nicht annehmen. Es war nur eine Anfrage und diese ist nun beantwortet. Wenn wir darüber diskutieren wollen, dann müssen wir zuerst darüber abstimmen.

Patrick Hehli: Ich möchte gerne wissen, ob wir die einzigen sind, die sich verschaukelt vorkommen.

Ursula Haag: Es erfolgt nun eine Abstimmung. Die Mehrheit müsste dafür sein, ob über dieses Geschäft diskutiert werden soll.

Peter Marten: Ich stelle einen Ordnungsantrag. 23 Uhr ist vorbei.

Ursula Haag: Ich weiss, ich habe gesagt, wir beenden die Sitzung um 23 Uhr. Doch ich hoffe, das Traktandum noch zu beenden, weil die Schulpflege hier ist.

Patrick Hehli: Dann ziehe ich den Antrag zurück doch ich wünsche, dass sich die Einwohnerräte zu diesem Sachgeschäft äussern und wie sie darüber denken. Die Diskussion möchte ich gerne beantragen.

Urs Müller: Peter Marten hat einen Ordnungsantrag gestellt. Über einen Ordnungsantrag wird sofort abgestimmt. Und über die Diskussion hätten wir abstimmen müssen, bevor Patrick Hehli diskutiert. Der Einwohnerrat kann Diskussion beschliessen. Der Gemeinderat beantwortet eine Anfrage. Der Einwohnerrat kann dann beschliessen, ob er weiter diskutieren will. Das steht so für Postulat und Motion.

Ursula Haag: Dann stimmen wir über den Ordnungsantrag ab und nehmen das Traktandum 8 nochmals an die nächste Einwohnerratssitzung.

Josef Sieber: Ich schlage vor, dass wir jetzt beschliessen, ob wir diskutieren wollen oder nicht. Wenn ja, dann kommt der Ordnungsantrag, ob das Traktandum an der nächsten Sitzung behandelt wird.

—
Abstimmung

Ist die Diskussion zum Traktandum 8 im Einwohnerrat erwünscht?

Die Diskussion wird mit grosser Mehrheit gewünscht.

—

Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung.

Dem Antrag wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Ursula Haag: Sie erhalten nächste Woche eine neue Traktandenliste für die nächste Sitzung am 22. Juni 2017.

Ich schliesse diese Sitzung um 23.10 Uhr.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler